

STAATSVERSAGEN

Wie Engagierte gegen
Rechtsextremismus im Stich
gelassen werden.

Ein Report aus Westdeutschland

AMADEU ANTONIO

STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR



STAATSVERSAGEN

Wie Engagierte gegen
Rechtsextremismus im Stich
gelassen werden.

Ein Report aus Westdeutschland

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Vorwort

Rechte Gewalt, No-Go-Areas und eine rechtsaffine Jugendkultur sind seit langem schon fast ein Synonym für Ostdeutschland. Und in der Tat, die bisher bekannten Mitglieder des Nationalsozialistischen Untergrunds, die zehn Menschen kaltblütig ermordeten und mindestens 14 Banküberfälle verübten, kamen aus Ostdeutschland. Die drei Hauptverdächtigen wurden im thüringischen Jena der Wendezeit radikalisiert, und auch heute kann man in ostdeutschen Kommunen noch dabei zusehen, wie aus der rechten Szene heraus Jugendliche angeworben werden, ohne dass staatliche Stellen eingreifen. Seit Anfang der 1990er Jahre hat sich vielerorts eine Kultur des Wegschauens, der Verharmlosung und Verdrängung des Rechtsextremismus etabliert, trotz der mittlerweile 94 Todesopfer rechter Gewalt in Ostdeutschland und Berlin, trotz der rassistischen Ausschreitungen in Hoyerswerda und einem versuchten Pogrom in Rostock-Lichtenhagen.



Dabei fanden die ersten systematisch geplanten rechten Mordanschläge nach der Vereinigung in Westdeutschland statt. Der Brandanschlag im nordrhein-westfälischen Solingen jährt sich 2013 zum 20. Mal. Hatice und Hülya Genç und Gülüstan Öztürk kamen dabei in den Flammen ums Leben. Gürsün İnce und Saime Genç erlagen ihren Verletzungen nach einem Sprung aus dem Fenster. 18 weitere Familienmitglieder erlitten zum Teil lebensgefährliche Verletzungen und mussten zahlreiche Operationen erdulden. Die Sozialisation der verurteilten Täter aus der rechten Szene in Solingen gleicht in vielem der des rechten Terrortrios aus Jena. Der Solinger Mordanschlag, der drei Tage nach Inkrafttreten des geänderten Asylrechts verübt wurde, war ein Kristallisationspunkt für die rechte Szene, dem eine Welle rechter Gewalt folgte. Alleine in den Jahren 1993 und 1994 wurden in ganz Deutschland 34 Menschen von Rechtsextremen ermordet. Dennoch konzentriert sich die öffentliche Wahrnehmung der rechten Gewalt fast ausschließlich auf Ostdeutschland. Bis heute zählt die Amadeu Antonio Stiftung deutschlandweit 183 Tote durch rechte Gewalt. Um darauf aufmerksam zu machen, dass es sich bei den Morden des Nationalsozialisten Untergrunds (NSU) mitnichten um Einzelfälle handelt, hat die Stiftung den Umgang mit dem »rechten Alltag« in Deutschland dokumentiert. Aus diesem Dokumentationsauftrag entstand der Report »Das Kartell der Verharmloser. Wie deutsche Behörden rechtsextremen Alltagsterror bagatellisieren«, der dargelegt hat, dass sich ein Jahr nach der Aufdeckung des NSU – trotz einstimmiger Bundestagsbeschlüsse

Herausgeberin:
Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139
10115 Berlin, Germany
Telefon 030. 240 886 10
Fax 030. 240 886 22
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Autorin: Marion Kraske
Redaktion: Diana Buhe, Anetta Kahane, Robert Lüdecke und Timo Reinfrank
Fotos: Tim Hoppe/GARP, Jan Nowak (S. 25), Stefan Aigner (S. 26), Gabriel Habermann (S. 28)
Gestaltung: Kahane  Design

© Amadeu Antonio Stiftung 2013
Alle Rechte bleiben bei der Autorin und den Fotografen.
Die Publikation wurde ermöglicht durch den Kreis der Freunde und Förderer der Amadeu Antonio Stiftung. Herzlichen Dank!
Gedruckt auf Envirotop Recycling 100% Altpapier.
ISBN 978 -3-940878-14-4

und Appelle der Bundeskanzlerin - wenig bis gar nichts vor Ort bei den Initiativen gegen Rechtsextremismus geändert hat.

Die Stiftung hat der Journalistin und Politikwissenschaftlerin Marion Kraske ein Jahr später die gleiche Aufgabe gestellt und sie gebeten, sich aufgrund der vielen Reaktionen, Briefe und Bitten um Hilfe von Betroffenen und Initiativen aus den alten Bundesländern auf das »Kartell der Verharmloser« ein genaueres Bild von Westdeutschland zu machen. Dabei ist sie von Norden nach Süden durch den Westen gereist und hat an zehn Orten Initiativen befragt, die sich gegen rechte Gewalt engagieren. Ihre Beobachtungen, wie gerade im Westen Betroffene rechtsextremer Gewalt und Bürgerinitiativen von Behörden und Kommunalvertretern im Stich gelassen werden, hat sie mit dem Begriff »Staatsversagen« betitelt. Von einem Gesellschaftsversagen spricht sie explizit nicht. Denn davon kann angesichts der vielen Bürgerinnen und Bürger, Vereine, religiösen Institutionen, demokratischen Parteien, Gewerkschaften und Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, auch nicht die Rede sein.

Der Fall des NSU hat die gravierenden Mängel und das Versagen bei der staatlichen Bekämpfung des militanten Rechtsextremismus offengelegt. Doch das Versagen des Sicherheitsapparates findet seine Entsprechung im Verhalten der staatlichen Institutionen vor Ort gegenüber dem rechten Alltagsterror, dem Rassismus und Antisemitismus, der Islamfeindlichkeit sowie dem antiziganistischen Hass. Alle im Report erwähnten Beispiele belegen, dass hierzulande nicht allein der Rechtsterror á la NSU das Problem ist. Während der Osten lange als braun wahrgenommen wurde, konnte sich, weitgehend ohne größere Kenntnisnahme der Behörden, die neue strategische Graswurzel-Ausrichtung und Raumgreifung der rechten Szene auch im Westen durchsetzen. Rechtsaffine Jugendkulturen sind mittlerweile auch in Westdeutschland in fast allen größeren Städten und auf dem Land präsent.

Neonazis haben wenig Widerstand zu fürchten

Als Reaktion auf die zunehmenden Organisationsverbote in den 1990er Jahren entwickelte sich von Ostdeutschland aus das Konzept der »Freien Kameradschaften«. Diese nur lose organisierten und regional operierenden Gruppen von ca. 15 – 20 Personen wurden zur Organisationsform, aus der dann in den letzten zehn Jahren die sogenannten Autonomen Nationalisten hervorgingen. Dass sich diese Gruppen so dynamisch entwickelten, hing auch mit der jahrzehntelangen Ignoranz und Verharmlosung ihnen gegenüber in Ostdeutschland zusammen. In der Öffentlichkeit wurden die Autonomen Nationalisten erst später durch ihren jugendaffinen Lifestyle und die Übernahme von Aktionsformen der linksautonomen Szene bekannt. Schwerpunktregionen bilden Großstädte und Ballungsräume. Im Westen sind das insbesondere NRW mit dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land sowie Baden-Württemberg und Bayern. Eine wesentliche Ursache für die schnelle Verbreitung der Aktionsformen und Popularität der Autonomen Nationalisten ist das Internet. Vor allem sind es die Sozialen Netzwerke, die sie gezielt für Einschüchterung, Kampagnen und die Verbreitung ihres menschenverachtenden Weltbildes nutzen. Mit den globalisierten Medien haben sich auch die Feindbilder der Rechtsextremen aktuali-

siert. Im Zentrum steht nun der Kampf gegen vermeintlich »zionistisch okkupierte Regierungen«, den Islam und das Überleben der weißen Rasse.

Marion Kraske beschreibt im Report am Beispiel von Wuppertal, wie Polizei und Justiz lange einen Angriff auf ein örtliches Kino verschleiern haben, an dem u.a. die Nationalen Sozialisten Wuppertal beteiligt waren. Nur durch zivilgesellschaftlichen Protest und anwaltliche Unterstützung gelang es schließlich das Gerichtsverfahren weiter zu führen, nachdem zwischendurch die Ermittlungen sogar eingestellt waren. Ihr Fazit: Der rechtsextremen Szene wird es gerade im Westen von Seiten der Justiz und Polizei sowie der Landes- und Kommunalpolitik viel zu einfach gemacht, sich auszubreiten, der Widerstand gegen die rechte Gewalt ist halbherzig und in einigen Fällen erweisen sich staatliche Stellen sogar als Teil des Problems. Noch schlimmer wird es dann, wenn Beamtinnen und Beamte nicht nur einem »institutionalisierten Rassismus« folgen, sondern, wie in den geschilderten Fällen in Betzdorf oder in Frankfurt/Main die Polizei selbst zum Täter wird und unbescholtene Bürger rassistisch beleidigt und misshandelt. Es wird also Zeit, dass Innenminister nicht nur durch markige Statements gegen Rechtsextremismus auffallen, sondern dass sie auch gegen das bestehende und hier dokumentierte Fehlverhalten ihrer Angestellten strafrechtlich vorgehen und die fehlende Haltung und Sensibilität kritisieren.

Durch die fehlende Problemwahrnehmung von Rechtsextremismus und Rassismus herrscht in Westdeutschland ein großes Dunkelfeld von Straftaten. Letztlich konnte der NSU genau auf diese fehlende Aufmerksamkeit gegenüber dem Rechtsextremismus in Westdeutschland bauen. Neun von zehn NSU-Morden und alle Sprengstoffanschläge fanden in den alten Bundesländern statt. Überall in Deutschland genauer hinzusehen, Forschung und Monitoring zu betreiben sowie die Ausbildung der Sicherheitsorgane zu verbessern, forderte die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag »Hinschauen – Dunkelfeldforschung zum Thema Rechtsextremismus« (Drucksache 17/11366) bereits in Reaktion auf den ersten Report »Das Kartell der Verharmloser«. Selbstverständlich korrespondiert die fehlende Wahrnehmung bei Polizei und Justiz auch mit der medialen Wahrnehmung. Wäre die von Marion Kraske noch mal nachrecherchierte Winterbacher Menschenjagd von Neonazis mit dem anschließenden Versuch fünf Jugendliche aus rassistischen Motiven zu verbrennen in Ostdeutschland und nicht in Baden-Württemberg passiert, wäre die Medienresonanz höchstwahrscheinlich größer ausgefallen. So blieb es bei einer überwiegend lokalen Meldung.

Fehlende Präventionsstrukturen im Westen

Das westdeutsche Staatsversagen drückt sich auch in der Nachlässigkeit aus, verlässliche und dauerhaft ansprechbare Präventions- und Interventionsstrukturen zu schaffen. Die Ermutigung und Unterstützung von Bürgerengagement gegen Rechtsextremismus ist unterentwickelt, eine flächendeckende Opferberatung fehlt. Noch immer ist beispielsweise die Opferberatung in Baden-Württemberg im Aufbau begriffen. Die alten Bundesländer haben es in den letzten Jahren nicht geschafft mit den zugewiesenen Mitteln des Bundes dauerhafte Strukturen aufzubauen. Während in Ostdeutschland mittlerweile überall zum

großen Teil durch die Länder geförderte Beratungsteams existieren, gibt es im Westen einen Flickenteppich, der immer noch große Löcher aufweist. Die Gelder wurden häufig für punktuelle Projekte und Beratungen eingesetzt, die qualitativ und quantitativ kaum auf die Qualität der rechten Bedrohung reagieren können. Ausgerechnet das finanziell schwache Schleswig-Holstein setzt nun mit einem eigenen Landesprogramm Maßstäbe, das mit Hilfe lokaler Organisationen und Bündnissen sowie erfahrener Träger aus Mecklenburg-Vorpommern und Berlin kooperativ entwickelt wird. Und auch Nordrhein-Westfalen setzt 2013 erstmals 850.000 Euro für die Finanzierung der Beratungsstrukturen ein. Doch nicht immer ist nur das fehlende Geld das Problem, wie das Beispiel a.i.d.a. aus München zeigt. Nicht zuletzt mit der Extremismuserklärung des Bundesfamilienministeriums hat Bayern versucht, die kompetentesten zivilgesellschaftlichen Akteure im Freistaat mundtot zu machen.

Laut dem Bundesinnenministerium sind die *rechten* Straftaten im letzten Jahr wieder *um vier Prozent* gestiegen – und das deutschlandweit. Damit sich dies ändert, engagieren sich viele mutige Initiativen und Einzelpersonen. Einige davon können wir dank Ihrer Spenden unterstützen.

Herzlichen Dank!

Timo Reinfrank
Stiftungskordinator der Amadeu Antonio Stiftung

Staatsversagen Wie Engagierte gegen Rechtsextremismus im Stich gelassen werden. Ein Report aus Westdeutschland

Von Marion Kraske, Politologin und Publizistin im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung

Der Fall NSU hat gravierende Mängel bei der staatlichen Bekämpfung des militanten Rechtsextremismus offengelegt. Doch das eklatante Versagen des Sicherheitsapparates ist nur ein Aspekt. Denn quer durch die Republik machen es Polizei, Justiz und Politiker rechten Demokratiefeinden allzu einfach, immer mehr gesellschaftlichen Raum einzunehmen, indem sie demokratische Werte nur halbherzig verteidigen. Ausgerechnet jene Stellen, die unseren Rechtsstaat schützen sollen, erweisen sich damit im Umgang mit dem Rechtsextremismus oft selbst als Teil des Problems. Die wehrhafte Demokratie erscheint geschwächt, ihre Schutzmechanismen werden systematisch aus den Angeln gehoben. Auch dort, wo man sich lange Zeit immun glaubte: Im Westen der Republik.

Es war ein bestens funktionierender Reflex: Beim Thema Rechtsextremismus zeigte man in Westdeutschland jahrelang gerne automatisch gen Osten. Hatte nicht in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen ein wütender Menschenmob Häuser mit Menschen angezündet? Versetzten nicht Neonazis ganze Landstriche in der ostdeutschen Provinz in Angst und Schrecken? Entsprechend gering ausgeprägt war in den alten Bundesländern die Bereitschaft, sich mit neonazistischen Gruppen vor der eigenen Haustür zu befassen. Die verheerenden Taten von Mölln und Solingen mit mehreren Todesopfern – sie schienen im kollektiven Gedächtnis fast versickert. Erst das Auffliegen der Terrorzelle »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU), der seine perfide Tötungsabsicht vor allem in Westdeutschland verfolgte, hat der deutschen Öffentlichkeit anschaulich vor Augen geführt, dass das Thema Rechtsextremismus kein ausschließliches Ost-Phänomen darstellt. »Tatsächlich richtete sich der Blick jahrelang nach »Dunkeldeutschland«, ohne, dass man im Westen registrierte, dass auch in den alten Bundesländern Bausteine rechtsextremen Denkens vertreten sind«, so der Rechtsextremismusforscher und Psychologe Elmar Brähler von der Universität Leipzig. »Zwar schlagen sich diese Überzeugungen nicht mehr unbedingt in Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien nieder, wie Anfang der 1990er Jahre, als Republikaner und die DVU reüssieren konnten. Vielmehr manifestieren sie sich heute in Gewalttaten und in der Existenz rechtsextrem geprägter Milieus.« Die Studien vom Bielefelder Institut für Konflikt- und Gewaltforschung über Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit von Wilhelm Heitmeyer, Andreas Zick u.a., sowie von Elmar Brähler und seinem Kollegen Oliver Decker über Deutschlands »Mitte« weisen dabei seit Jahren detailliert nach, dass entsprechende Einstellungen sowohl im Osten als auch im Westen in signifikanter Art und Weise anzutreffen sind. Seit 2002 konstatieren die Forscherteams regelmäßig, dass »rechtsextremes Denken in allen Teilen der Gesellschaft in erheblichem Maße verbreitet ist.« Das heißt: Auch in der Mitte, die weithin als Stabilitätsanker der Gesellschaft gesehen wird.

Laut der jüngsten Studie »Die Mitte im Umbruch« vertritt danach im Westen jeder Fünfte »ausländerfeindliche Überzeugungen«. Acht Prozent unterstützen zudem antisemitisches Gedankengut, drei Prozent verharmlosen den Holocaust. Während im Osten der Republik knapp 16 Prozent über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen – Tendenz steigend – sind es im Westen immerhin sieben Prozent der Bevölkerung.

Und ebenso wie im Osten manifestieren sich diese rechtsextremen Einstellungen auch im Westen in konkreten Handlungen. Registrierten Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz im Jahr 2006 noch doppelt so viele rechtsextreme Straftaten in Ostdeutschland, lag die Anzahl dieser Taten für das Berichtsjahr 2011 in den alten und neuen Bundesländern nahezu gleich auf.

Doch es sind nicht nur die Handlungen die problematisch sind. Vielmehr prägen die demokratiefeindlichen Einstellungen ein Klima, in dem Taten mit rechtsextremen Hintergründen nicht ausreichend erkannt, problematisiert und sanktioniert werden. Chauvinismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Alltagsrassismus, Islamfeindlichkeit, die Verharmlosung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus – all diese Bausteine rechtsextremen Denkens schaffen so einen fruchtbaren Resonanzboden, auf dem sich Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit immer weiter ausbreiten kann.

Und das trotz zahlreicher Appelle seitens der Politik. So erklärte Bundespräsident Joachim Gauck erst Ende August 2012 in Rostock-Lichtenhagen anlässlich des 20. Jahrestages der rassistischen Ausschreitungen in der Hansestadt: »Demokratie muss wehrhaft sein und darf sich das Gewaltmonopol nicht aus der Hand nehmen lassen.« Die Demokratie benötige beides: Mutige Bürger, die nicht wegschauen, aber vor allem einen Staat, der fähig sei, Würde und Leben zu schützen.

Oder auch Bundestagspräsident Norbert Lammert, der anlässlich einer Feierstunde im Bundestag zum Gedenken an die Opfer des Holocausts am 30. Januar 2013 feststellte, dass Demokratie nicht ein für alle Mal geschenkt sei, »sondern täglich gestaltet, mit Leben erfüllt und auch verteidigt werden« müsse. Wie »bitter nötig« der Einsatz für die Demokratie auch heute noch sei, hätten die NSU-Mordserie sowie antisemitisch motivierte Gewalt gezeigt. Mit der Gedenkstunde, so Lammert, bekunde das Parlament seinen Willen, »alles zu tun, damit eine ähnliche Menschen gemachte, staatlich organisierte Katastrophe sich nie mehr ereignen kann«.

Auch wenn der Fall des Nationalsozialistischen Untergrunds noch lange nicht aufgearbeitet ist, wenn längst nicht alle Details der folgenreichen Behördenpannen analysiert sind, so steht doch zweifelsfrei fest, dass die parteiübergreifende angemahnte Verteidigung der Demokratie gegen die extreme Rechte im Falle der Zwickauer Terrorzelle kläglich versagte. Jahrelang konnten ihre Mitglieder mordend durch die Republik ziehen – ohne, dass ihnen das Handwerk gelegt wurde. Verfassungsschutz-Ämter und Ermittlungsbehörden dilettierten im Osten wie im Westen gleich in mehreren zentralen Punkten: Da wurden die Angehörigen der Opfer zu Tätern gemacht, da wurde der rassistische Hintergrund der Taten konsequent ausgeblendet, da vernichteten Verfassungsschützer relevante Akten, Dienststellen gaben wichtige Informationen nicht weiter – ein Fehler reihte sich an den nächsten.

Das Versagen des Staates ist nicht zuletzt angesichts der zehn Morde groß. Und doch:

Die Unterlassungen, das Wegsehen, die Opfer-Täter-Umdeutungen sind nicht die viel gerühmte Ausnahme, sondern – das belegen Recherchen der Autorin im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung – Besorgnis erregende Regel. Auch dort, wo man sich lange Zeit gänzlich immun glaubte beim Thema Neonazismus: in den alten Bundesländern.

Anhand ausgesuchter Fälle aus Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern dokumentiert der vorliegende Report anschaulich, wie der Rechtsextremismus im Westen mit der Strategie der Raumergreifung verbreitet – und wie wenig Behörden und Politiker diesen Tendenzen entgegen setzen.

»Das braune Chamäleon«

Wer nach Wuppertal-Elberfeld in Nordrhein-Westfalen fährt, kommt an Kiosken und Gemüseläden vorbei, an Teppichhändlern und kleinen Spielbuden, eine Moschee macht Werbung für den Tag der offenen Gotteshäuser. Das Medienprojekt Wuppertal, das zu den renommiertesten medienpädagogischen Einrichtungen Deutschlands zählt, hat genau hier seinen Sitz, in einem alten Fabrikgebäude unweit der Fußgängerzone. Gemeinsam mit Jugendlichen realisiert der gemeinnützige Verein verschiedenste Projekte, Aufklärungsfilm über Drogen und Magersucht, über junge Musliminnen und Muslime, über politische Bildungsarbeit. Für ihr Engagement haben die Akteure des Medienprojektes schon etliche Preise gewonnen. »Aufklärung gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit«, so Norbert Weinrowsky, Mitarbeiter des Projekts.

Wuppertal im November 2010: An diesem Abend wollen die Medienschaffenden zusammen mit dem Betreiber des Cinemaxx-Kinos einen Film mit dem vielsagenden Titel »Das braune Chamäleon« zeigen. Er beschäftigt sich mit den verschiedenen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Aber der Abend verläuft anders als gedacht: Wie Augenzeugen berichten, marschiert vor der Veranstaltung eine Gruppe von Neonazis in das Kino-Foyer. Ihre Posen sind martialisch, sie singen das NS-Propagandalied »Ein junges Volk steht auf«. Sie sind bewaffnet: mit Schlagwaffen, Messern, mit Gas- und Pfeffersprays. Die Sicherheitsleute des Kinos versuchen, die Truppe nach draußen zu drängen. Die Neonazis setzen dabei Reizgas ein, zwei der Wachen werden verletzt und müssen deswegen im Krankenhaus behandelt werden. Dennoch gelingt es, sie hinaus zu schieben. Diese versuchen jedoch erneut, mit Gewalt ins Innere zu drängen, worauf der Kinobetreiber die Eingangstüren komplett schließen lässt. Doch die Neonazis geben keine Ruhe, attackieren das Kino von außen weiter und werfen mit Steinen gegen die Fassade des Gebäudes.

Samthandschuhe für Neonazis

Zwar wurden 13 der bewaffneten Rechtsextremen nach dem Überfall in Gewahrsam genommen, später aber wieder frei gelassen. Geschehen ist seither wenig. Mehr als zwei Jahre nach dem Angriff tun sich die Behörden immer noch schwer damit, den Angriff als politisch motivierten Gewaltakt zu benennen und zu ahnden. Wirkliche Konsequenzen gibt es bis heute nicht.

Dabei hatte NRW-Innenminister Ralf Jäger im Dezember 2011 – nicht zuletzt als Reaktion auf die Versäumnisse im Fall NSU – in einem Acht-Punkte-Programm gegen rechts noch angekündigt, den Ermittlungsdruck auf rechtsextremistische Straftäter im Bundesland »maximal zu erhöhen«.

Doch vor Ort in Wuppertal ist davon nichts zu spüren. Statt den Neonazi-Angriff rigoros zu verfolgen, machte sich die Polizei nur zögerlich ans Werk. Der offensichtliche politische Hintergrund hinter der Kino-Attacke spielte erst einmal keine Rolle. Es handele sich um eine »Auseinandersetzung zwischen Besuchern der Vorführung und einer Gruppe rechtsextremistischer Personen, darunter Angehörige der »Nationalen Sozialisten Wuppertal«, so heißt es in einer offiziellen Stellungnahme der Polizei. Immerhin räumen die Ermittler ein: »Die Besucher wurden von Personen der rechtsextremistischen Nationalen Sozialisten [...] angegriffen.« Und: »Letztendlich brachten die Vernehmungen trotz intensiver Bemühungen der Zeugen und der Vernehmungsbeamten keine beweiskräftige Zuordnung von Taten und Tatverdächtigen.« So weit die Darstellung der Polizei.

Viele, die mit dem Fall des Kino-Vorfalles betraut sind, allen voran das Wuppertaler Medienprojekt, hatten jedoch den Eindruck, dass es den Beamten dagegen am Willen mangelte, den Tathergang zu ermitteln. Etliche von den Zeugen, die an dem Abend im Kino waren, wurden gar nicht erst vernommen.

Stattdessen waren die Sicherheitsbehörden bemüht, den Vorfall herunter zu spielen. In einer ersten Fassung des Verfassungsschutzberichtes, der wenige Monate später erschien, wurde der Kino-Vorfall zunächst zu einer »versuchten Störung« umgedeutet. Erst auf Protest des Medienprojektes hin strich man zumindest das »versuchte« aus dem Text. Im Bericht wird der bewaffnete Überfall NS-Propagandalieder grölender Nazis nun ganz offiziell nur als »Störung« bezeichnet.

Das Medienprojekt an der Wupper wunderte sich darüber, dass der Nazi-Angriff nur



Mitten in der Wuppertaler Innenstadt überfielen Neonazis eine Kinovorführung



Norbert Weinrowsky, Mitarbeiter des Medienprojekts Wuppertal, kritisiert die schleppende Ermittlung der Polizei

zögerlich verfolgt wurde und schaltete die Anwältin Edith Lunnebach ein. Auch sie übt Kritik an der Vorgehensweise der Polizei: »Die Bewaffnung und die organisierte Anreise der Neonazis belegen zweifelsfrei, dass es sich um den Straftatbestand des Landfriedensbruchs handelt«. Und weiter: »Anstatt diesen Umtrieben mit aller Härte zu begegnen, fasst man den Fall mit Samthandschuhen an. Von den Behörden wird nicht der Angriff von den Neonazis in den Mittelpunkt gerückt, es wird vielmehr der Eindruck erweckt, dass es sich um eine linkslastige Veranstaltung handelte, die die Gewalt der Rechtsextremen provoziert hat.«

Zwischenzeitlich stellte die Wuppertaler Polizei die Ermittlungen sogar gänzlich ein. Erst auf Intervention des Medienprojektes wurde sie wieder aktiv. Zuvor hatten die Medienleute das gemacht, was eigentlich ureigenste Aufgabe der Ermittler gewesen wäre: Sie suchten weitere Beobachter der Nazi-Attacke. 15 Augenzeuginnen und Augenzeugen konnten sie schließlich ausfindig machen. Nun nahm auch die Polizei ihre Ermittlungen wieder auf.

Doch bei den Vernehmungen häuften sich die Merkwürdigkeiten: Ihre Befragung, berichtet etwa die Zeugin W., hätte in einem herabwürdigenden Ton stattgefunden. »Ich hatte das Gefühl, dass man auf meine Aussage keinen Wert legt«, berichtet die junge Frau, die erst ein Jahr nach dem Neonazi-Angriff angehört wurde. Und auch andere Zeugen monierten eine eigentümliche Behandlung durch die Beamten, ja gar tendenziöse Fragen. »Die Polizei war bemüht, die Veranstaltung im Kino nicht als zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus zu deuten, sondern als linke Veranstaltung zu verunglimpfen. Es ist nicht hinnehmbar, dass auf diese Weise aus einem Angriff von militanten neonazistischen Demokratiefeinden eine tumultuarische Auseinandersetzung zwischen linker und rechter Szene konstruiert wird«, urteilt Anwältin Lunnebach.

Die Berliner Politologin Anna Brausam vom Opferfonds CURA für Betroffene rechtsextremer Gewalt, die sich intensiv mit der Statistik von Gewalttaten auseinandersetzt, kennt diese Art der behördlichen Verharmlosung rechtsextremer Straftaten. Der wahre Hintergrund zahlreicher Delikte werde durch Polizeibehörden regelmäßig nicht benannt oder erkannt, berichtet sie. »Da es sich um sogenannte Eingangsstatistiken handelt, tauchen Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund somit regelmäßig in den offiziellen Statistiken nicht auf. Vielmehr werden sie mit anderen Etiketten versehen, als »Auseinandersetzung« oder »Schlägerei« verharmlost«, kritisiert die Wissenschaftlerin. Das wahre Ausmaß rechtsextremer Gewalt in Deutschland bleibt auf diese Weise unerkannt.

Fatale Signale

In Wuppertal führte der verharmlosende Umgang mit den neonazistischen Gruppen dazu, dass auch mehr als zwei Jahre nach dem Kino-Vorfall keiner der Angreifer zur Rechenschaft gezogen wurde. Und das, obwohl einer der Beteiligten, der in Koblenz vor Gericht steht, aussagte, er sei bei dem Kino-Angriff nicht als »Einzelperson« aufgetaucht, sondern als »AB Mittelrhein«. Dem »Aktionsbüro Mittelrhein« wird derzeit in Koblenz der Prozess gemacht: Laut Anklage strebte der Neonazi-Zusammenschluss die Errichtung eines Staates nach nationalsozialistischem Vorbild an. Es sei in Wuppertal darum gegangen, die »historische Vereidigung (gemeint ist wohl »Verteidigung«, Anmerkung der Verfasserin) im Konflikt in den Vordergrund zu stellen, das was wir »Feindeskontakt« nannten– so heißt es in der Aussage des Vernommenen.

Und in Wuppertal? »Viele haben hier das Problem, den Rechtsextremismus klar als solchen zu benennen«, sagt Marat Trusov von der Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz, die mit der Stadt eine Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus anbietet. Fakt ist: Erst im November 2012 reagierte die Staatsanwaltschaft und erließ Anklage gegen zehn der Kino-Angreifer. »Bislang hat die zuständige Staatsanwaltschaft die Gefahr der rechten Szene eindeutig unterbewertet. Jetzt endlich hat man meine Argumente übernommen«, erklärt die Anwältin des Medienprojektes Wuppertal, Lunnebach.



Großflächig angebrachtes Graffiti mit eindeutiger, offensiver Botschaft: die Neonazis beanspruchen den Sozialraum in Wuppertal für sich



Ein Aufklärungsfilm über Rechtsextremismus als Auslöser eines rechten Übergriffs



Wuppertal hat sich in den letzten Jahren zur Hochburg der rechten Szene in NRW entwickelt

Ohne das unermüdliche Eintreten der Wuppertaler Medienleute samt ihrer Rechtsvertreterin – so viel ist sicher – müsste sich in Wuppertal keiner der Neonazis vor Gericht verantworten.

Wie wenig das Bewusstsein für die Gefahr des Rechtsextremismus selbst in den Führungsetagen der Wuppertaler Sicherheitsbehörden ausgeprägt ist, dokumentiert ein Zitat der zuständigen Leiterin der Kreispolizeibehörde Wuppertal-Solingen-Remscheid. Auf einer vom WDR veranstalteten Podiumsdiskussion zu den rechtsextremen Umtrieben erklärte sie: »Wenn die Linken nicht kommen würden, dann würden die Rechten auch nicht zuschlagen.«

Auch hinsichtlich des Angriffs auf das Cinemaxx-Kino fand die Polizeichefin eine Erklärung, die aufhorchen lässt. Ursächlich für das Auftreten der Neonazis sei der Inhalt ihres Aufklärungsfilms, wurde dem Medienprojekt in einem persönlichen Gespräch beschrieben.

Kein Einzelfall: Rechtsextreme Taten werden auf diese Weise immer wieder gefährlich bagatellisiert, die Linke wird zum Auslöser neonazistischer Gewalt erklärt: Ohne die Linken, so der Tenor, gebe es keine Nazi-Gewalt. Die bereits im ersten Report der Stiftung »Das Kartell der Verharmloser« beschriebene Täter-Opfer-Umkehr wird in diesem Fall sogar durch die oberste Stelle der Polizei vorgenommen.

»Das trägt ein fatales Zeichen in die Zivilgesellschaft«, urteilt Trusov. »Die Behörden der Stadt vermitteln der Öffentlichkeit durch ihre Unterlassungen kein ausreichendes Sicherheitsgefühl. Dies mindert bei vielen die Bereitschaft, sich gegen derartige Einflüsse

zu engagieren. Zudem wird der rechten Szene signalisiert, dass derartige Taten nicht richtig verfolgt werden und es eine höhere Toleranzgrenze für Rechtsextreme gibt.« Dabei, berichtet Trusov, zögen Neonazis aus anderen Städten seit einigen Jahren gezielt nach Wuppertal. Der Kino-Angriff sei lediglich die Auftaktoffensive gewesen – seitdem ging die rechte Szene im Ort entschieden offensiver vor.

Nicht nur angesichts der fortgesetzten Unterlassungen sieht auch der Düsseldorfer Rechtsextremismusexperte Alexander Häusler die Entwicklung in Wuppertal mit Sorge: »Die Stadt ist einer der großen blinden Flecke in Nordrhein-Westfalen, an denen man augenscheinlich bewusst das existierende Nazi-Problem ausblendet.«

Im August 2012 wurden NRW-weite Razzien durchgeführt, mehrere Kameradschaften verboten. Es sei verblüffend, warum es gerade in Wuppertal mit seiner verfestigten neonazistischen Szene keinerlei Aktionen gegeben habe, so Häusler. »Ursächlich hierfür«, urteilt der Rechtsextremismusforscher, »seien die Untätigkeiten der lokalen Polizeibehörden, die normalerweise die notwendigen Informationen für Parteien- und Vereinsverbote zusammen tragen.« Als maßgebliches Problem identifiziert Häusler die Wuppertaler Polizeiführung: »Die Äußerungen der Polizeipräsidentin zeugen von einem Mangel an Sachkenntnis, die Gleichsetzung von Rechten und Linken deutet angesichts der massiv auftretenden Neonazi-Szene auf einen ideologisierten Blick hin, der dem tatsächlichen Problem kaum gerecht wird«, konstatiert der Wissenschaftler. »Die Wuppertaler Szene fungiert als Teil einer bestens verdrahteten NRW-Struktur, die seit geraumer Zeit gezielt gegen Andersdenkende und Menschen mit anderer Herkunft vorgeht. Die Nicht-Sanktionierung des Kino-Überfalls trägt ein katastrophales Zeichen in die rechte Szene: Uns passiert ohnehin nichts.« Dies wirke im Sinne eines Verstärkereffektes nach, die Gewaltakteure der Neonazi-Szene fühlten sich in ihrem Vorgehen bestätigt.

Der Fall Wuppertal lässt aufhorchen: Ausgerechnet jene Stellen, die die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes vor Angriffen schützen sollen, die den Rechtsstaat verteidigen und die Unversehrtheit aller wahren sollen, schauen weg. Es ist ein alarmierendes Bild unserer Sicherheitsbehörden, das sich hieraus ergibt. Die Appelle des Bundespräsidenten sowie des Bundestagspräsidenten an eine zu verteidigende, wehrhafte Demokratie – ausgerechnet von den verantwortlichen Akteuren werden sie zur Farce degradiert.

»Von der Polizei hätte ich so etwas nicht erwartet.«

Doch Wuppertal ist nur ein Problemfall von vielen. Immer wieder tun sich Vertreter aus Polizei und Justiz schwer im Umgang mit Vorfällen, bei denen ein rechtsextremer Hintergrund zumindest nicht ausgeschlossen werden kann. Das zeigt auch folgender Fall aus Betzdorf in Rheinland-Pfalz.

Betzdorf ist ein kleiner Ort im Westerwald, 20 Kilometer entfernt von Siegen, mit pittoresken Fachwerkhäusern, einer imposanten Kirche und netten Einfamilienhäuschen. Dort, wo Familie Korkusuz wohnt, sind die Straßen allesamt nach Vögeln benannt: Amselweg, Lerchenweg, Schwalbenweg. In den Gärten sprießen die Buchsbäume, überall stehen Trampoline und Schaukeln für die Kinder, von den Balkonen hängen bunte Geranien herab.

Die Familie Korkusuz wohnt in Betzdorf schon in zweiter Generation. Ali ist hier mit seinem Bruder Hüdayi aufgewachsen. Heute lebt er hier mit seiner Frau Selma und den Kindern in einem Einfamilienhaus mit Garten.

2012 wurde das Leben der Familie jedoch jäh gestört. An einem Abend im August war Selma Korkusuz auf dem Weg zu ihrem Keller, der sich außerhalb des Hauses befindet, als sie zwei fremde Männer auf dem Grundstück entdeckte. Sie rannte die Stufen zum Haus hoch und rief ihren Ehemann. Dann flüchteten sie sich gemeinsam ins Haus. Die Männer brachen mehrere Türen auf und drangen gewaltsam in das Haus ein. Mit einer Pistole und einer Eisenstange, berichten Selma und Ali, hätten sie das Ehepaar und die Kinder bedroht und gebrüllt: »Ihr dreckigen Türken verpisst euch von hier. Wir wollen euch nicht haben.« Um den Überfall zu dokumentieren, schaltete der Familienvater geistesgegenwärtig seine Handykamera an. Die tumultartigen Szenen kursieren im Internet, man kann auf ihnen die Schreckensschreie der Kinder und ihrer Mutter hören. Die Familie setzte einen Notruf an die Polizei ab. Als die Beamten etwa zehn Minuten später an den Tatort kamen, waren die Täter jedoch bereits geflüchtet.

Was dann folgte, empfinden die Korkusuz, als neuerliche Attacke auf ihre Familie: Ali Korkusuz wurde in Handschellen gelegt und abgeführt. Alis Bruder Hüdayi, den die Familie telefonisch um Hilfe rief, eilte nach Betzdorf. Auf der Polizei-Wache ließ man ihn jedoch nicht zu seinem Bruder. Im Haus der Familie fand er seine Schwägerin und die Kinder in aufgelöstem Zustand vor, sie saßen verstört auf dem Sofa. Eine Tochter habe vor lauter Angst in die Hose gemacht. Einen Notarzt, berichtet der Bruder des Angegriffenen, hätten die Polizisten kurzerhand wieder abbestellt.

Drei Stunden, so Hüdayi Korkusuz habe sein Bruder auf der Wache aussagen müssen, ohne Rechtsbeistand. Hüdayi wirft den Beamten »institutionalisierten Rassismus« vor. Die Polizei, sagt er, sei von vorneherein nur von einem familiären Streit ausgegangen. Der Geschichte von dem bewaffneten Überfall hätten sie keinen Glauben geschenkt. Und das, obwohl Ali Korkusuz selber bei der Polizei angerufen habe. Auch aus der Nachbarschaft seien Notrufe eingegangen.

Für all das, so die Aussage der Familie, hätten sich die Beamten am Abend des Überfalls jedoch nicht interessiert. Sie stellten Strafanzeige wegen Nötigung. Die Ermittlungen gegen die Beamten wurden wieder eingestellt, ein Fehlverhalten konnten die zuständigen Stellen nicht erkennen.

»Das Vorgehen der Polizei ist in höchstem Maße inakzeptabel«, urteilt der Anwalt der Familie, Hasan Dinc. »Die Inhaftnahme des Familienvaters, die Handschellen – all das ist völlig überzogen gewesen. Dass die Polizei der Familie helfen wollte, war für die Betroffenen nicht sichtbar.«

Dabei hätte es genug Anlässe gegeben, Hinweisen auf einen rechtsextremen Hintergrund des nächtlichen Überfalls nachzugehen. Seit Jahren schon, so berichtet Ali Korkusuz Bruder, werde die Familie aus Betzdorf von einem rassistischen Nachbarn drangsaliert und bedroht. Dies sei auch bei der Polizei aktenkundig gewesen. Ein möglicher Hinweis also auf den Drahtzieher? Ali Korkusuz jedenfalls, hat den Glauben an den deutschen Rechtsstaat verloren: »Von der Polizei hätte ich so etwas nicht erwartet.«

Es ist ein immer wiederkehrendes Muster: Im Umgang mit Menschen, die nach Deutsch-

land eingewandert sind, lassen deutsche Sicherheitsbehörden mitunter die erforderliche Neutralität vermissen. Statt die Opfer und ihre Notlage ernst zu nehmen, werden Menschen mit Migrationshintergrund kriminalisiert, wird ihnen staatlicher Schutz und behördliche Hilfe vorenthalten. Auch im Falle der NSU-Mordserie erklärten die ermittelnden Stellen die Opfer und deren Angehörige systematisch zu Tätern. Sie hätten Kontakte ins kriminelle Milieu gepflegt, die Morde, so hieß es, seien auf Rivalitäten im Umfeld des organisierten Verbrechens zurückzuführen.

Artikel 3 des Grundgesetzes besagt: »Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.« Dieses hehre Ziel lässt sich mit voreingenommenen Staatsdienern nicht erreichen. Nicht nur der Fall Betzdorf legt den Schluss nahe, dass sich auch nach dem Aufliegen der Terrorzelle NSU nicht viel geändert hat. Menschen, die nicht dem Bild eines »guten Deutschen« entsprechen, werden oft reflexhaft zu Tätern gemacht und abgeführt. Die eigentlichen Drahtzieher und Gewalttäter kommen nur allzu oft davon.

Opfer-Täter-Umkehr

Weil das Motiv hinter den Taten oft nicht erkannt – oder ausgeblendet – wird, geraten ausgerechnet die Opfer rechtsextremer Gewaltakte auf diese Weise immer wieder ins Visier der Behörden.

In diesem Zusammenhang sorgte im vergangenen Jahr auch folgender Fall aus Frankfurt am Main für Schlagzeilen: Nach der gewalttätigen Auseinandersetzung mit einem stadtbekannten Neonazi-Pärchen im April 2012 musste ein 30-jähriger ins Krankenhaus eingeliefert werden, dort wurden eine Lendenwirbelfraktur sowie eine gebrochene Rippe diagnostiziert. Die junge Frau und ihr Begleiter hatten auf den jungen Mann eingepöbelt und eingetreten, selbst als dieser schon wehrlos am Boden lag.

Das Pärchen, das auf dem Bahnsteig zuvor rechtsextreme Aufkleber angeklebt hatte, gab an, der 30-Jährige sei mit einer Flasche auf sie losgegangen. Sie hätten sich lediglich gewehrt. Die politische Abteilung der Frankfurter Staatsanwaltschaft schaltete sich ein. Aber sie klagte nicht das Pärchen mit offensichtlich rechter Gesinnung an – die junge Frau trug bei dem Vorfall einen Pullover mit der Aufschrift »NS-Hate-Core« – sondern das Opfer.

»Die neonazistische Gesinnung als mögliches Tatmotiv blieb von der Staatsanwaltschaft zunächst unberücksichtigt«, konstatierte der langjährige Korrespondent der Frankfurter Rundschau, Felix Helbig, der den Prozess im Gerichtssaal verfolgte. Erst vom Gericht vernommene Zeugen ließen die Version des Neonazi-Duos schließlich als unglaubwürdig erscheinen. Im Januar 2013 wurde der Angeklagte freigesprochen, selbst die Staatsanwaltschaft hatte am Ende auf Freispruch plädiert. Es bleibt zu hoffen, dass jetzt die vermeintlich wahren Täter vor Gericht gebracht werden.

Mentalitätsprobleme im Behördenapparat

Um zu verstehen, warum sich bundesweit die Fälle häufen, in denen, ganz wie bei der NSU-Mordserie, rechtsextreme Tatmotive nur allzu oft von Behördenvertretern ausge-



Die Polizei – nicht nur Freund und Helfer, sondern aufgrund mangelnder Sensibilität oftmals selbst Teil des Problems

blendet werden, empfiehlt sich ein weiterer Blick in die Studie »Die Mitte im Umbruch«. »Geht man von der These aus, dass sich unter den Angehörigen demokratischer Institutionen dieselben Einstellungen wiederfinden lassen, wie in der Bevölkerung, und dies mit dem gleichen Verbreitungsgrad, so muss man stark annehmen, dass auch die Sicherheitsbehörden keine Insel der Seligen sein können«, so die Rechtsextremismusforscher Brähler/Decker/Kiess. Rechtsextreme Einstellungen kommen demnach verständlicherweise auch dort zum Tragen, wo eigentlich Neutralität in Haltung und Handeln gefragt wären, bei der Polizeiarbeit etwa oder im Justizwesen. Das Mentalitätsproblem im Behördenapparat, dass nach dem Bekanntwerden der NSU-Morde öffentlich diskutiert wurde, erklärt sich somit aus der Beschaffenheit der Gesamtgesellschaft. Vor allem für Menschen mit anderer Hautfarbe und Herkunft stellt sich dies im Alltag als überaus folgenreich dar. Aus diesem Grund hat die Berliner Opferberatungsstelle Reach Out zusammen mit dem Antidiskriminierungsbüro und anderen eine Kampagne gegründet, die sich mit Rassismus bei der Polizei beschäftigt. Sie sammelt Fälle, bei denen Menschen mit vermeintlich fremder Herkunft Opfer von rassistischer Polizeigewalt geworden sind. Allein in Berlin sind dadurch rund 160 Einzelfälle dokumentiert worden. Das Problem sei, dass die Vorkommnisse nicht als strukturelles Phänomen seitens der Behörden und der Politik anerkannt würden, so die Kritik.

Auch Vera Egenberger vom Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung, das unter anderem von der Amadeu Antonio Stiftung gefördert wird, betont, dass der Gleichbehandlungsgrundsatz ein zentraler Aspekt der Polizeiarbeit sein muss. »Polizei darf nicht willkürlich agieren; schon gar nicht wenn es um die Kategorisierung von Menschen entlang ihrer Hautfarbe geht.«

Wie Betroffene ungezügelter Polizeigewalt konkret erleben, zeigt das folgende Beispiel aus Frankfurt am Main: Hier wurde im Oktober 2012 der Deutsch-Äthiopier Derege Wevelsiep, der als Kind von deutschen Eltern adoptiert wurde, von Polizisten so zugerichtet, dass er ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Der Befund: Gehirnerschütterung mit Bewusstlosigkeit, verschiedene Prellungen am Knie, an der Hüfte sowie am Thorax.

Zuvor hatte es in der U-Bahn ein Missverständnis wegen einer Fahrkarte gegeben. Die

Verlobte des Gewaltopfers war ihren Aussagen zufolge fälschlicherweise des Schwarzfahrens bezichtigt worden. Ihr Freund versuchte den Sachverhalt aufzuklären. Dabei lief das Gespräch aus dem Ruder. Die Kontrolleurin belehrte die Familie in herablassendem Ton: »Wir sind hier nicht in Afrika.« Daraufhin rief die Familie die Polizei, doch sie seien nicht angehört worden. Stattdessen sei die Frau von den Ordnungskräften gestoßen und Derege Wevelsiep als »dummer Schwätzer« betitelt worden. Schließlich legten die Beamten dem Deutsch-Äthiopier Handschellen an, zerrten ihn zum Auto – behandelten den unbescholtenen Bürger wie einen Schwerekriminalen. Mit einer Faust, so die Schilderung des Betroffenen Wevelsiep, schlug einer der Beamten ihm schließlich direkt ins Gesicht. Auch als er längst gefesselt war, soll der Polizist noch weiter auf ihn eingeschlagen haben.

Das Opfer der polizeilichen Misshandlungen erstattete Anzeige, die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen vier Beamte, unter anderem wegen Körperverletzung und Beleidigung. Die Polizei in Frankfurt am Main kann dagegen kein Fehlverhalten erkennen. Dort heißt es nur lapidar: »Der Fall wird geprüft. Die Frankfurter Polizei hat jedoch kein Rassismusproblem«. Und doch: Der Umgang mit Wevelsiep ist kein Einzelfall. Bereits Anfang 2012 machten Beamte der Mainmetropole Negativ-Schlagzeilen, als sie einem jungen Äthiopier, der von Angreifern schwer verletzt und als »Neger« beschimpft worden war, nicht sofort zu Hilfe kamen. Vielmehr, so gaben es Zeugen später zu Protokoll, sollen die Polizisten das Opfer ihrerseits verhöhnt und den Vorfall bagatellisiert haben.

All diese Beispiele zeigen, dass hierzulande nicht der organisierte Rechtsextremismus allein das Problem ist, sondern auch jene Haltungen und Einstellungen, die dazu beitragen, dass Menschen anderer Herkunft voreingenommenen Behördenvertretern ausgesetzt sind. Zwar ist beispielsweise die »Ausländerfeindlichkeit« im Westen entschieden schwächer ausgeprägt als im Osten, dennoch, so die Ergebnisse der Studie »Die Mitte im Umbruch«, liegen die Werte für drei klassisch »ausländerfeindliche Aussagen« auch in den alten Bundesländern zwischen 29 und 36 Prozent und sind demnach »ebenfalls als hoch einzuschätzen«, so das Fazit der Wissenschaftler. Insbesondere unter rechtsstaatlichen Aspekten lassen diese Erkenntnisse die beschriebenen Vorgehensweisen von Polizei und Ermittlungsbehörden mehr als fragwürdig erscheinen.

Alltagsdiskriminierung bei der Polizei

Anschaulich wird das auch an einem Beispiel aus dem bayerischen Behördenapparat: Dort sorgte Anfang 2012 ein Kalender der Polizeigewerkschaft für Aufregung, der mit kruden Karikaturen die Welt des Polizeidienstes abbildete. Darin: Anekdoten über Migranten, ältere Menschen, selbst vor dem Thema Selbstmord machten die Zeichnungen nicht Halt. In der März-Karikatur beispielsweise wurde ein Schwarzer mit expressiven dicken Lippen gezeigt, der sich im Griff eines Beamten befindet und in gebrochenem Deutsch brüllt: »Was heiß' hie' Ve'dunklungsgefah' ...?!«

Alexander Bosch von Amnesty International erklärte in diesem Zusammenhang: »Unserer Meinung nach ist dieses Bild ganz eindeutig rassistisch. Offensichtlich fehlt es der deutschen Polizeigewerkschaft in Bayern an Sensibilität, wenn es um Rassismus und Alltagsdiskriminierung geht.«

Immerhin: Als Reaktion auf die öffentliche Debatte verfügte der Münchener Polizeipräsident Wilhelm Schmidbauer in seinen Dienststellen, den Kalender nicht mehr aufzuhängen. Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft Bayern, Hermann Benker, nahm die umstrittenen Druckwerke hingegen in Schutz: Der Kalender sei nicht rassistisch und nicht diskriminierend. Es handele sich lediglich um »Polizistenjargon«, erklärte er.

Wenn offener Rassismus jedoch zum Jargon der Polizei gehört, wenn Sicherheitsorgane nicht in der Lage sind, die feine Grenze zwischen Witz und rassistischer Stereotypisierung zu ziehen, weil es offenbar an Bewusstsein mangelt, ist es kaum zu vermeiden, dass sich diese Defizite auch im alltäglichen Dienst niederschlagen. Sei es dadurch, dass Polizisten selber – wie in Frankfurt – mutmaßlich rassistisch handeln oder aber, indem rechtsextreme Einstellungen als politische Tatmotive ausgeblendet, verharmlost oder verleugnet werden. Dazu Amnesty International-Vertreter Bosch: »Sicher ist, dass rassistische Äußerungen im Alltag häufiger vorkommen. Beispielsweise wissen wir von einem Vorfall, bei dem Polizeibeamte einen schwarzen Verdächtigen mit den Worten begrüßt haben: »Was hast Du Kanake schon wieder angestellt?«

Rechte Jugendkultur als vermeintliche Normalität im kommunalen Raum

Der Umgang mit rechtsextremen Tendenzen, der Mangel an Sensibilität und demokratischer Haltung sowie das unzureichende Wissen um rechtsextreme Ideologie-Bausteine erweist sich jedoch nicht nur im Behördenapparat als Problemfeld. Auch auf kommunaler Ebene zeigt sich regelmäßig, dass einzelne Politikerinnen und Politiker eher Teil des Problems denn der Lösung sind. Ein Blick ins bayerische Amberg veranschaulicht, welche weitreichenden Konsequenzen das Versagen der verantwortlichen Stellen haben kann.

Für Jugendliche, die sich rechtsradikalem Gedankengut verweigern, ist der kleine beschauliche Ort, 70 Kilometer östlich von Nürnberg, ein gefährliches Pflaster. Stefan Dietl weiß, wovon er spricht. Er ist in Amberg aufgewachsen. Seit er denken kann prägen Rechtsextreme hier die Atmosphäre. »Eine rechte Jugendkultur hat es hier schon immer gegeben«, sagt er.

Seit zehn Jahren engagiert sich der Vorsitzende der ver.di-Jugend Oberpfalz deshalb gegen den Rechtsextremismus in der Region. Vor wenigen Wochen erst wurde er nach einer Gewerkschaftsveranstaltung in Regensburg von zwei Unbekannten zusammengeschlagen. Zuvor war im Internet auf Neonaziseiten gegen ihn gehetzt worden. Zusammen mit Dietl haben sich in Amberg auch engagierte Jugendliche der Problematik angenommen. Um nicht erst recht zur Zielscheibe für die Rechten zu werden, wollen sie ihren Namen lieber nicht nennen. Pöbeleien von Neonazis, sagen sie, seien ohnehin an der Tagesordnung. Als »Scheiß Hippies« würden sie mitunter verunglimpft, aber auch Gewalt sei häufig im Spiel. Vieles jedoch brächten die Opfer nicht zur Anzeige. Einer der ver.di-Jugendlichen erklärt: »Uns fehlt das Vertrauen in die Polizei.«

Warum das so ist – die Jungen hier in Amberg kennen viele Gründe. Dann fangen sie an zu erzählen, davon, dass ihnen Polizisten schon mal hinterher rufen: »Dich krieg ich noch, du Scheiß Antifa!« Davon, dass man den Rechten hier in Amberg Freiräume einräumt, die diese zur Festigung der Szene nutzten.

STAATSVERSAGEN

Wie Engagierte gegen Rechtsextremismus im Stich gelassen werden

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

TOSTEDT

Der kleine Ort ist seit Jahren ein zentraler Anlaufpunkt der rechten Szene in Norddeutschland. Über Jahre bot ein Szeneladen rechtsaffine Kleidung und Propagandamaterial an. Der Inhaber wurde für einen tätlichen Angriff angeklagt, das Urteil wurde auf eine Bewährungsstrafe abgemildert. Ein Skandal, findet das »Forum für Zivilcourage«.

WUPPERTAL

Die Stadt ist eine Hochburg der rechtsextremen Szene. Die Zahl der Aufmärsche und Übergriffe nimmt zu. Neonazis greifen mitten in der Stadt ein Kino gezielt und brutal an. Mehrere Verletzte, schleppende polizeiliche Ermittlungen, seit über zwei Jahren keine Verurteilungen. Stattdessen fragwürdige Aussagen der Polizeipräsidentin.

FRANKFURT AM MAIN

Ein schwarzer Deutscher wird bei einer Fahrkartenkontrolle rassistisch beleidigt. Die herbei gerufenen Polizisten beschimpfen den Mann, verhaften und misshandeln ihn. Initiativen gegen rassistische Polizeikontrollen beobachten eine Häufung solcher Vorfälle.

BETZDORF

Bei einem gewalttätigen Überfall auf ein Wohnhaus einer Migrantenfamilie verhaftet die Polizei den Familienvater, statt nach den Angreifern zu suchen. Angehörige werfen der Polizei »institutionalisierten Rassismus« vor. Ein klassisches Beispiel für eine Täter-Opfer-Umkehr.

REMS-MURR-KREIS

In Winterbach machen polizeibekannte Neonazis Jagd auf Menschen. Die jungen Migranten flüchten sich in ein Gartenhaus. Die Nazis zünden das Haus mit Benzin an. In Todesangst können sich die Eingeschlossenen nach draußen retten. Eine Verurteilung der Täter erfolgte bis heute nicht.

KORB

Die NPD kann in einer Gaststätte jahrelang unkommentiert ihre Parteitage abhalten – mit Zustimmung des Landrates und der Polizei. Ein verheerendes Signal an die engagierte Zivilgesellschaft.

KIEL

Trotz einer im Verhältnis zur Einwohnerzahl vergleichbaren Zahl an rechtsextremen Übergriffen wird in Schleswig-Holstein beim Thema Neonazis immer nach Osten geschaut. 2013 zieht die neue Landesregierung in Kiel endlich Konsequenzen und richtet das erste Programm gegen Rechtsextremismus im Westen ein.



MÜNCHEN

Die bundesweit bekannte »Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle« wurde in den Verfassungsschutzberichten des Landes wiederholt als »linksextremistisch« eingestuft. Das bayrische Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus verliert damit sein kompetentestes Mitglied. Nur eine langwierige juristische Auseinandersetzung konnte das wichtige und oft ehrenamtliche Engagement rehabilitieren.

AMBERG

Neonazis stören Mahnwachen und greifen Demonstranten sowie Engagierte an. Trotzdem leugnet die Stadt, dass es Probleme mit organisierten Rechtsextremen in der Region gibt. Bereits 1995 wurde hier Klaus Peter Beer von zwei einschlägig bekannten Neonazis ermordet, »weil er schwul war«. Ein sichtbares Gedenken an Beer fehlt bis heute.

Während einer Demonstration sahen sich die Gewerkschaftler aggressiven Neonazis gegenüber, die szenetypische Parolen skandierten wie »Hier marschiert der Nationale Widerstand« und »Linkes Gezeter. Acht Millimeter« Konsequenzen? Habe es wie so oft nicht gegeben. Im Gegenteil: Statt gegen die angreifenden Neonazis vorzugehen, versuchten die Behörden stattdessen die Anmelderin der Gewerkschaftsdemonstration juristisch zu belangen – mit absurden Vorwürfen. Bei der Demo seien keine Dreierreihen eingehalten und die Plakate zu hoch gehalten worden, so das Ordnungsamt. »Das sind behördliche Schikanen gegen jene, die sich gegen die Rechtsextremen in Amberg erheben«, urteilt Dietl.

Und er erzählt davon, dass Amberg in den letzten Jahren immer öfter auch zum Veranstaltungsort für Neonazikonzerte wurde. »Durch diese Einnahmen finanziert sich das Nazi-Netzwerk im Süden«, berichtet Dietl. Andere Engagierte berichten, dass Schwule in Amberg Morddrohungen bekamen, sich nicht mehr sicher fühlten und schließlich wegzogen. Und sie bekräftigen, dass sie im Ort gerne ein alternatives Jugendzentrum gründen würden, ähnlich wie im Nachbarort Sulzbach-Rosenberg. Das aber ist laut Dietl nicht zu machen: »Die Sicherheit für ein alternatives Jugendzentrum und seine Besucher ist in Amberg nicht zu gewährleisten.«

Und die Verantwortlichen? »Die ducken sich seit Jahren weg und leugnen das massive Nazi-Problem im Ort, vor allem die Tatsache, dass es organisierte Strukturen gibt«, heißt es bei der ver.di-Jugend. Und das, obwohl die Nationalen Sozialisten Amberg immer wieder mit gezielten Aktionen in Erscheinung treten, rechtsgerichtete Veranstaltungen organisieren, beste Kontakte auch zu anderen Neonazi-Organisationen pflegen, wie etwa der Dachorganisation der Kameradschaften in Bayern, dem Freien Netz Süd. In ihm sammeln sich die militantesten Neonazis des Freistaates.

In Amberg aber will man von all dem lieber nichts wissen. Die Störenfriede – das sind nicht die Nazis, sondern jene, die konsequent auf das braune Problem aufmerksam machen.

2010 veranstaltete die ver.di Jugend eine Mahnwache für Klaus Peter Beer, einen jungen Mann, der 1995 von zwei Rechtsextremen wegen seiner Homosexualität brutal zusammengeschlagen und dann bewusstlos in das Flüsschen Vils geworfen wurde, wo er ertrank. Der Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung führt Klaus Peter Beer als 70. Todesopfer rechter Gewalt im vereinigten Deutschland. Bei der Mahnwache überreichte die ver.di Jugend der Stadt symbolisch eine Gedenktafel für den Ermordeten, die erste Gedenkaktion in der Stadt seit der Tat überhaupt. Statt sich hinter die Jugendlichen zu stellen und diese bei ihrer Aktion zu unterstützen, schickte der Amberger Bürgermeister einen aufgebrauchten Brief an den Bezirksvorsitzenden der Gewerkschaft, in dem er ihn aufforderte, sich von einem Flugblatt seiner Jugendorganisation zu distanzieren, in dem diese zu einem »Kampf gegen Neofaschismus und die Politik der Stadt Amberg« aufgerufen hatte. In Amberg, so das Stadtoberhaupt, sei eine organisierte neonazistische Szene schließlich nicht vorhanden. Die 40 Neonazis, die die Mahnwache massiv gestört hatten, bezeichnete er lediglich als »Personen mit anderen politischen Vorstellungen«. Durch die Aktivitäten der ver.di Jugend aber, so suggerierte der Bürgermeister werde die Stadt Amberg »zu einer zentralen Anlaufstelle für eine politische Auseinandersetzung mit Neofaschisten aus dem gesamten nordbayerischen Raum«. Dadurch werde »ein erhebliches



Neonazis in Amberg stören Mahnwachen und greifen Demonstrationen an. Trotzdem leugnet die Stadt, dass es ein Problem mit Rechtsextremismus in der Region gibt.

Gefährdungspotenzial provoziert«. Wieder einmal werden nicht die Nazis als Problem benannt, sondern jene, die sich dem Treiben widersetzen. Die bereits beschriebene Opfer-Täter-Umkehr – man beherrscht sie auch in der Oberpfalz.

Wegschauen hat vielerorts Tradition

In seinem Antwortschreiben an den Amberger Bürgermeister erklärte der Gewerkschafter die Haltung der Stadt für völlig inakzeptabel. »Sie sollten stolz darauf sein, dass es Jugendliche in Ihrer Region gibt, die den Mut besitzen, auf die Neonazi-Entwicklungen hinzuweisen statt zu versuchen, sie ins Abseits zu stellen. Mut, weil es offenbar tatsächlich gefährlich sein kann, solche Leute auch nur schief anzusehen oder eben nur »schwul« zu sein.« Die Gedenktafel, lehnte die Stadt trotzdem ab. »Homophobie, der Hass auf Andersdenkende und andere rechtsextreme Überzeugungen, sind in Amberg nie aufgearbeitet worden«, stellt Dietl fest. Das Leugnen und Wegschauen hat im dem Ort durchaus Tradition: Im Rathaus hängt immer noch das Porträt von Josef Filbig, der von 1933 an als NSDAP-Oberbürgermeister die Politik des Nazi-Regimes auf lokaler Ebene umsetzte und 1952 erneut wieder für mehrere Jahre ins Rathaus gewählt wurde. Dort aber blendet man bislang die braunen Verstrickungen des einstigen Repräsentanten aus, stellt Dietl fest. Eine kritische Differenzierung gegenüber der Nazi-Vergangenheit des ehrenwerten Stadtoberen gab es bis dato nicht.

Für jene, die sich bis heute gegen die braunen Umtriebe in Amberg zur Wehr setzen, ist auch das ein Zeichen dafür, dass es der Politik an der notwendigen Sensibilität fehlt. Und am erklärten Willen, sich mit dem Rechtsextremismus gestern und heute auseinander zu setzen. Mit fatalen Konsequenzen: »Lange gab es keine einheitliche Struktur der rechtsextremen Szene in Amberg«, betont Dietl. »Das aber hat sich in den letzten Jahren



Die von der ver.di-Jugend gestiftete Gedenkplatte für den ermordeten Klaus Peter Beer, das 70. Todesopfer rechter Gewalt im vereinigten Deutschland, lehnte die Stadt Amberg ab

geändert. Die können sich hier wunderbar entfalten, weil sie von der Stadt keinen Gegenwind bekommen.«

In einer schriftlichen Stellungnahme erklärte die Stadt Amberg, dass man sich sehr wohl gegen rechtspopulistische Aktivitäten positioniere und insbesondere im Jugendbereich »eine aktive Präventionsarbeit« verfolge. Insgesamt beziehe man sich jedoch auf die Aussage der Polizei, wonach in Amberg in Bezug auf rechtsgerichtete Aktivitäten »im Vergleich zu anderen Kommunen kein Mehraufkommen feststellbar« sei. Eben diese Sichtweise aber ist laut ver.di-Jugend problematisch. Stefan Dietl begründet, warum: »Rechtsradikalismus ist ein Problem das in der Mitte der Gesellschaft liegt, es ist kein Jugendproblem und auch nicht das Problem einer kleinen Gruppe von Gewalttätern. Wenn ich das Ganze unter dem rein polizeilichen Aspekt betrachte und nur dann eine rechtsradikale Gewalttat erkenne, wenn der Schläger dabei eine Reichskriegsflagge in der Hand hält, kann ich natürlich ruhigen Gewissens behaupten dass dieses Problem darüber hinaus nicht existiert. Und genau das wird von den politisch Verantwortlichen in Amberg gemacht.«

Nur wenige Kilometer von Amberg entfernt, zeigt eine Gemeinde derweil, wie man die Etablierung einer lokalen Neonaziszene erfolgreich verhindern kann: In Sulzbach-Rosenberg existiert eine rege alternative Jugendszene, die sich der rechtsextremen Ideologie konsequent entgegenstellt. »Es gibt demokratische Strukturen, die immer wieder ausgefochten werden«, erklärt Peter Lehner, der im Stadtrat sitzt.

Zusammen mit anderen gründete Lehner einen Förderverein, der seit mehr als zehn Jahren den städtischen Jugendtreff unterstützt. Mit vielfältigen Aktionen, mit neuen Proberäumen für junge Musikbands, mit Ausstellungen über Opfer rechter Gewalt oder Vorträgen über Nazimusik versuchen sie hier, eine bunte, demokratische Jugendkultur zu fördern, damit »Nazis hier nicht den Ton angeben«. Mit diesem Engagement konnten sie im Ort viel bewegen: »Heute existiert in Sulzbach-Rosenberg eine parteiübergreifend aktive Zivilgesellschaft, die den Nazis Paroli bietet«, erzählt Stadtrat Lehner nicht ohne Stolz.

Zwar gebe es auch hier den Drang, das Problem rechtsextremer Umtriebe klein zu re-

den: Holocaustleugnungen in Anwesenheit der Polizei im Umfeld von NPD-Infoständen seien etwa nur auf Drängen von Zeugen angezeigt worden. Auch hier neigten Polizeivertreter immer wieder dazu, das Nazi-Problem zu einer »Auseinandersetzung zwischen linken und rechten Jugendlichen « zu verharmlosen.

Dennoch, sagt Lehner, finde regelmäßig eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema statt. Schließlich hat in Sulzbach-Rosenberg auch die Politik verstanden, dass die rechtsextremen Tendenzen nur mit klarer Positionierung klein zu halten sind.

Dabei sind es keineswegs nur strukturschwache Gebiete im ländlichen Raum, in denen sich eine rechtsextreme Gesinnung ausbreitet, es sind auch solche Regionen, in denen relativer Wohlstand herrscht. So auch im Rems-Murr-Kreis in Baden-Württemberg.

Die Region besticht nicht nur durch ihre liebliche Landschaft, ihre Obstplantagen, seichten Weinhänge und kleinen Kirchen, sie steht auch wirtschaftlich bestens da: High-Tech-Firmen wie Ericsson oder Tesat-Spacecom haben hier ihren Sitz.

Eine prosperierende Region, eine schöne dazu. Ein Stückchen heile Welt – wären da nicht die fortgesetzten rechtsextremen Umtriebe.

»Die bringen uns alle um«

Im Frühjahr 2011 kam es in der Gemeinde Winterbach zu einem verheerenden Anschlag von rechtsextremen Jugendlichen. Auf einem kleinen Grundstück einer Gartenkolonie grillten die Söhne eines türkischstämmigen Vaters zusammen mit ein paar Freunden. In einem nahe gelegenen Garten, der einem ehemaligen Pressesprecher der NPD gehört, feierten etwa 70 polizeibekannte Rechtsradikale. Als einer der Teilnehmer der Grillfeier im Laufe des Abends von einem der Neonazis auf einem Feldweg angefahren wurde, entzündete sich ein Streit. Wenig später stürmten die Rechtsradikalen das anliegende Grundstück, sie trugen Äxte mit sich, und verfolgten die Jugendlichen. Diese flüchteten sich in Panik in ein kleines Gartenhäuschen. Draußen standen die Angreifer und skandierten: »Kommt raus, Kanaken, wir machen euch fertig.« Hasserfüllt zündeten sie wenig später den Unterschlupf mit Benzin an. Angesichts des wütenden Mobs vor der Tür rief einer der eingeschlossenen Jugendlichen die Polizei. In Todesangst schilderte er, was da gerade geschah: »Bitte kommen Sie schnell. Es geht um Leben und Tod. Die bringen uns alle um.« Geistesgegenwärtig riet der Beamte den jungen Migranten, den vermeintlichen Schutzraum umgehend zu verlassen. Als die Jugendlichen schließlich aus der brennenden Hütte flüchten, wurden sie von den wartenden Angreifern attackiert. Einer der Gejagten erlitt dabei eine Rippenprellung, ein anderer musste anschließend wegen einer gebrochenen Hand im Krankenhaus behandelt werden. Einer der Täter, der sich selber als Faschist bezeichnet, gestand später vor Gericht: »Ich war im Wutausch.«

Noch heute leiden die Opfer des Neonazi-Angriffs unter schweren Traumatisierungen. »Die Angst war mit den Händen zu greifen. Die Opfer waren zum Abschuss freigegeben«, beschreibt Nebenklägeranwalt Önder Bogazkaya vor Gericht die Tatnacht »Die Opfer sind wie Tiere durch den Wald gejagt worden.« Die Angst der jungen Männer sei so groß gewesen, dass zwei weitere Opfer in der bereits brennenden Hütte Schutz vor den Neonazis gesucht hätten. Dies habe die Schutzsuchenden tiefgreifend traumatisiert.



In dieser Gartenlaube hätten Jugendliche fast den Tod gefunden. Sie wurde von Neonazis in Brand gesteckt und brannte komplett nieder.

Die juristische Aufarbeitung des Brandanschlags gestaltet sich freilich schwierig. Vor Gericht übernahm keiner der mitunter polizeibekannten Rechtsradikalen Verantwortung für die Brandstiftung und den fünffachen Mordversuch. »Es ist verschleiert, gemauert und gelogen worden, bis sich die Balken biegen«, bestätigt der Vorsitzende Richter Joachim Holzhausen. Lediglich wegen schwerer Körperverletzung konnten in einem ersten Verfahren zwei Männer zu zwei und fünf Jahren Haft verurteilt werden. Gegen elf weitere Angeklagte wird erneut prozessiert – einige werden dabei von prominenten Anwälten der Rechtsaußen-Szene verteidigt.

Nach Aussagen des Stuttgarter Gerichts ist der Mordvorwurf im Zusammenhang mit dem Anzünden der Winterbacher Gartenhütte nicht nachzuweisen. Die rassistische Menschenjagd – sie bleibt damit wohl nahezu ungesühnt.

In der ersten Prozessrunde fand der Vorsitzende Richter am Landgericht Stuttgart nicht zuletzt auch deswegen kritische Worte gegenüber den Sicherheitsbehörden. In seiner mündlichen Urteilsbegründung monierte Richter Holzhausen, dass man das Neonazi-Treffen im Vorfeld nicht kontrolliert habe. Es sei der Polizei bekannt gewesen, dass sich in der Gartenkolonie eine größere Gruppe von Rechtsextremisten versammelt habe. Etwaige Kontrollen, um Gewaltausschreitungen präventiv zu verhindern, so die Kritik des Richters, seien jedoch unterblieben.

Es ist kein Zufall, dass der Rems-Murr-Kreis immer wieder mit Schlagzeilen über rechtsextremistische Taten von sich Reden macht. Der Tübinger Professor für Pädagogische Psychologie, Josef Held, hat bereits 2008 in der Studie »Rechtsextremismus und sein

Umfeld« am Beispiel der Region untersucht, welche gesellschaftlichen Prozesse rechtsextreme Strömungen begünstigen. »Mit unseren Untersuchungen konnten wir das Desintegrations-Theorem widerlegen, wonach lediglich sozial an den Rand gedrängte Orte zu rechtsextremen Tendenzen neigen«, erklärt Held. Der Rems-Murr-Kreis liefere den bis heute gültigen Gegenbeweis: Er sei schön und prosperierend, die Arbeitslosenzahl niedrig – eigentlich der ideale Ort für ein friedliches Zusammenleben.

Held und seine Mitarbeiter stießen auf ein Phänomen, das trotz dieser optimalen Voraussetzungen Rechtsextremismus befördert: Der »Lokalismus«, eine pervertierte Form des Patriotismus«, wie Held ihn umschreibt. Hierbei geht es um einen ausgeprägten Stolz auf den eigenen Ort, mit dem man sich verbunden fühle und den man sich »von niemandem kaputt machen« lassen möchte. »Es gibt ein starkes Gemeinschaftsgefühl nach innen, nach außen hin aber werden imaginäre Grenzen gezogen. Das ist noch kein Rechtsextremismus, aber es ist das Einfallstor«, so der Autor der Studie.

Wie leicht es rechtsextremen Akteuren dabei mitunter gemacht wird, ihre Ideologie zu streuen, belegt auch folgendes Beispiel aus dem Landkreis: Zwei Jahre lang – von 2009 bis 2010 – ließen der Bürgermeister der baden-württembergischen Ortschaft Korb, der Landrat sowie der zuständige Leiter der Polizeidirektion die NPD in einer Gaststätte unkommentiert mehrere Parteitage abhalten – ohne die Öffentlichkeit davon in Kenntnis zu setzen. Nicht einmal die Gemeinderäte wurden über die Veranstaltungen jener Partei informiert, deren Vertreter das demokratische System der Bundesrepublik immer wieder offen attackieren. Der Polizeichef höchstpersönlich hatte dem Bürgermeister Verschwiegenheit in der Angelegenheit nahe gelegt.

Ein Schützenheim für Verfassungsfeinde

Die stille Übereinkunft mit der NPD sendete jedoch eine verheerende Botschaft nach außen: Politiker und führende Polizeivertreter machen mit Rechtsextremen gemeinsame Sache. Statt das Problem offen anzusprechen, statt den Demokratiefeinden samt ihrer Menschenverachtenden Gesinnung die Stirn zu bieten und den öffentlichen Diskurs zu nutzen, um sich eindeutig gegen sie zu positionieren, bot man den NPD-Vertretern sogar eine Art Schutzraum, in dem diese sich ungestört bewegen konnten.

Erst als der Fall durch Journalisten in Folge des Winterbacher Brandanschlags aufgedeckt wurde, entstand eine öffentliche Auseinandersetzung über die verheimlichten rechten Veranstaltungen. Aufgebrachte Bürger und Vertreter des Gemeinderates sowie der DGB-Ortsverband kritisierten das »Schweigekartell« scharf und machten deutlich, dass sie in ihrem Ort keine braunen Veranstaltungen wünschten.

Fakt ist: Nur wenn derartige öffentlichen Debatten zugelassen werden, kann die Demokratie gegen ihre Feinde verteidigt werden, kann Demokratie wehrhaft sein.

»Überall da, wo man das Problem nicht thematisiert, hat der Rechtsextremismus gute Chancen, sich unter der Hand einzuschleichen«, konstatiert der Esslinger Sozialwissenschaftler Kurt Möller. »Demokratie ist das Gegenteil von Intransparenz. Demokratie braucht Öffentlichkeit und eine öffentliche Diskussionskultur.«

Wie wichtig der offene Umgang mit Rechtsextremismus ist, wie fundamental Öff-



Wo rechte Umtriebe und Propagandadelikte verharmlost und nicht ernst genommen werden, hat es die Zivilgesellschaft schwer. Nicht nur in Bayern

fentlichkeit und eine klare Auseinandersetzung dafür sind, wird anhand der vertuschten NPD-Parteitage mehr als deutlich. Aber auch in anderen Bundesländern mangelt es an klarer Distanzierung. In Bayern etwa vermietete ein Lokalpolitiker NPD-Anhängern ein Schützenheim für Parteiveranstaltungen.

Dahinter steckt eine klare Verknennung dessen, was Veranstaltungen wie diese bewirken: Sie werden genutzt, um Netzwerke zu festigen und den Nährboden für eine Verbreitung rechtsextremer Ideologie zu schaffen. Auf diese Weise liefern sie den Resonanzraum für rechtsextremistische Bedrohung und Gewaltdelikte.

Noch scheint es nicht bei allen in Politik und Verwaltung ins Bewusstsein gedrungen zu sein, dass es nicht den »guten« Rechtsextremismus der Anzug tragenden Parteikader und den »schlechten« der Schläger und Brandstifter gibt. Beide Pole sind untrennbar miteinander verbunden. Ihr Fundament bildet der Graswurzel-Rechtsextremismus, der sich im Verein, in der Kneipe, auf dem Fußballplatz mit vermeintlich harmlosen abwertenden oder rassistischen Äußerungen ausdrückt. »Der Übergang von diesem niedrigschwelligen Rassismus bis hin zum gefestigten Neonazismus mit Gewaltdelikten ist fließend«, so Rechtsextremismusforscher Held. Und weiter: »Es bedarf einer umfassenden klaren Positionierung aller relevanten gesellschaftlichen und politischen Akteure. Vom Sportverein über die Sicherheitsorgane bis hin zu den Bürgermeistern müssen rechte Tendenzen schonungslos benannt und verfolgt werden – nur so lässt sich eine Art demokratische »Firewall« errichten.«

Vom Verein bis zum Bürgermeister – auf die Haltung kommt es an

Rechtsextreme Ideologien ziehen sich durch alle gesellschaftliche Ebenen und Institutionen: Schon an Schulen, beobachtet der Leiter der Fachstelle für Rechtsextremismus im baden-württembergischen Backnang, Gerhard Dinger, treffe er Jugendliche, die rassistisch eingestellt sind. Und das, obwohl in ihren Heimatorten lediglich eine geringe Zahl von Migranten lebe. »Vor allem im ländlichen Raum existiert eine ungewöhnlich starke Identifikation mit der Heimat. Die Neigung seinen Ort zu verteidigen, gegen wen auch immer, ist weit verbreitet«, so der Fachstellenleiter.

Ein weiteres Problem: Für Jugendliche gibt es in vielen ländlichen Regionen nur ein geringes Freizeitangebot. In diese Lücke dringt die rechtsextreme Szene gezielt vor und versucht, mit attraktiven Freizeitangeboten Kontakte zu knüpfen und Jugendliche für ihre Sache anzuwerben. Dabei sind es keineswegs nur sozial Vorbelastete, die in der Szene mitmischen. Vielmehr sind es auch jene, die in Vereinen oder der Feuerwehr aktiv sind und sich mit gemeinnütziger Arbeit engagieren. Dort wird ihre Ideologie häufig toleriert, Kommunen heben die Arbeit für die Gemeinde gar lobend hervor. Der rechtsextreme Hintergrund dieser Jugendlichen wird somit ausgeblendet, die Gemeinschaft stellt sich schützend hinter die Demokratiefeinde. Sie sind integraler Teil der Gesellschaft.

Mangelnde Unterstützung für die Opfer

Neben einem Mangel an einer Null-Toleranz-Kultur gegenüber den Täterinnen und Tätern und ihren ideologischen Wegweisern, weist auch der Umgang mit den Opfern rechtsextremer Bedrohung und Gewalt im Westen der Republik erhebliche Defizite auf. Obwohl sich beispielsweise in Baden-Württemberg seit Jahren rechtsextreme Gewalt- und Straftaten häufen, existiert bislang keine professionelle Anlaufstelle. Wenn schon der Staat darin versagt, den Schutz des Individuums zu gewährleisten, wäre es oberste Pflicht, den Betroffenen dann beizustehen, wenn sie Opfer gewalttätiger Übergriffe werden. Das aber unterbleibt auf vielfältige Weise.

So berichten Opfer immer wieder davon, dass sie von Behörden und Politikern allein gelassen werden. Die Nachsicht, die die verantwortlichen Stellen mit der rechtsextremen Szene üben, findet ihr Pendant in einem kaum akzeptablen Umgang mit den Opfern.

Es ist eben diese unterlassene Hilfeleistung, diese mangelnde Solidarität der Sicherheitsbehörden und Kommunalpolitiker mit den Opfern, die sich wie ein roter Faden durch die westdeutschen Gemeinden zieht.

Woher aber kommt diese Weigerung, Opfern rechtsextremer Gewalt, den notwendigen Schutz und die bedingungslose Unterstützung zukommen zu lassen, die in einem funktionierenden Rechtsstaat eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollten? Gerhard Dinger beobachtet in der Bevölkerung und bei Behördenvertretern ein geringes Interesse, sich mit dem Rechtsextremismus vor der eigenen Tür auseinander zu setzen. »Automatisch weisen viele auf die Zustände in Ostdeutschland. Dort sei alles viel schlimmer. Von den Problemen im eigenen Umfeld wollen viele hingegen nichts wissen.«

Diese Umdeutung des Rechtsextremismus zu einem rein ostdeutschen Phänomen

bringt zwangsläufig die Opfer in Bedrängnis: Wo es vermeintlich keine rechtsextremen Tendenzen gibt, wird man sich auch nicht um diejenigen kümmern, die dadurch in Mitleidenschaft geraten. Dieses Dilemma zeigt sich in nahezu allen westdeutschen Bundesländern.

Beispiel Nordrhein-Westfalen: Obwohl hier seit der Wende 28 Menschen durch rechtsextreme Gewalt getötet wurden, übte man sich auch hier lange im Leugnen und Verharmlosen. Erst im Herbst 2011 wurde in Dortmund, einer Hochburg gewaltbereiter Kameradschaften, die Beratungsstelle Back-Up eröffnet. »Die zahlreichen Opfer rechtsextremer Gewalt in NRW wussten bis dahin nicht, an wen sie sich wenden sollten«, erzählt Back-Up-Leiterin Claudia Luzar. Eine unhaltbare Situation – angesichts der seit Jahren massiv auftretenden Neonazi-Szene zwischen Rhein und Ruhr.

Und auch in Baden-Württemberg suchte man Opferberatungen bislang vergeblich. Erst jetzt wird eine Stelle in Stuttgart aufgebaut. »Lange hat sich niemand für das Problem interessiert. Und das, obwohl der Bedarf immens ist«, erläutert Annika Bohn von der Landesarbeitsgemeinschaft für offene Jugendarbeit in Stuttgart. Mühsam müssen die Strukturen für die Beratungsarbeit nun geschaffen, das Zentrum bekannt gemacht werden. Das »Know-how« holen sich die Berater dabei aus den neuen Ländern. Denn während in der Vergangenheit in den neuen Bundesländern professionell arbeitende Opfernnetzwerke entstanden sind, steht man im Westen noch ganz am Anfang.

Zwar existieren mittlerweile in den meisten Bundesländern mobile Teams gegen Rechtsextremismus, die Kommunen, Geschäftsleute und engagierte Bürger in schwierigen Situationen beraten, eine konzentrierte Opferberatung können sie allerdings nicht leisten.

Ohnehin leidet die Arbeit dieser Stellen darunter, dass ihre nachhaltige Finanzierung in den seltensten Fällen gesichert ist. »Wir befinden uns in einem dauerhaften Projektstatus«, bringt Juliane Braun von der regionalen Beratungsstelle für Niederbayern und Oberpfalz die Problematik auf den Punkt. »Ende 2013 läuft das Bundesprogramm »Toleranz fördern – Kompetenz stärken« aus. Wir wissen nicht, wie es dann weiter geht«, kritisiert auch Brauns Kollege Arno Speiser die mangelhafte Finanzausstattung der beratenden Einheiten. »Regelmäßig müssen wir versuchen, neue Gelder zusammen zu bekommen. Eine verstetigte Arbeit ist auf diese Art und Weise nicht möglich.«

So wie in Bayern geht es auch anderen Beratungsstellen. »Uns steht das Wasser bis zum Hals«, erläutert auch Heiko Klare von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im nordrhein-westfälischen Münster. Ein Folgeprogramm für die auslaufende Förderung durch das Bundesfamilienministerium ist nicht in Sicht. Die mit 51.000 Euro pro Beratungsstelle ohnehin knappe Finanzierung könnte damit ab 2014 entfallen. Aus eigenen Mitteln können die Beratungsstellen ihre Arbeit nicht fortführen. »Es wird oft gefragt, wie man gegen Rechtsextremismus vorgehen kann. Die Mobile Beratung ist eine konkrete Maßnahme«, konstatiert Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln.

Die Förderung dieser Stellen müsste daher auf eine solide Basis gestellt werden. Hier wären der Bund, aber auch die einzelnen Bundesländer gefragt, um die finanzielle Notsituation der Beratungsstellen ein für alle Mal zu beenden. Mit einer adäquaten finanziellen Ausstattung der Beratungseinrichtungen könnte die Politik untermauern, wie wichtig ihr der Kampf gegen den Rechtsextremismus tatsächlich ist.

Defizite in der Justiz

Die Frage nach dem kompromisslosen Vorgehen gegen Rechtsextremismus stellt sich auch in einem weiteren sensiblen Bereich, der Justiz. Wie fragwürdig deutsche Gerichte mitunter mit rechtsextremen Straftätern umgehen, dokumentiert ein Fall aus Tostedt in Niedersachsen.

Tostedt ist ein kleiner Ort in der Nordheide mit nur knapp 14.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Häuser hier haben rote Backsteinfassaden, oft sind sie mit Fachwerk verziert, in der Ortsmitte steht ein beschaulicher Kirchenbau. Doch im Stadtteil Todtglüsing war diese Idylle lange Zeit gestört: Stefan Silar, ein polizeibekannter Rechtsextremer der in früheren Verfassungsschutzberichten als »langjähriger Szeneaktivist« aufgeführt wird, betrieb hier über lange Zeit »Norddeutschlands größten Szeneladen Streetwear. Seit Jahren kamen Rechtsextreme aus ganz Norddeutschland hierher. Silar verkaufte einschlägige Kleidung und Musik, das Geschäft war jedoch auch ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt für den Informationsaustausch im Norden. Nicht zuletzt deswegen gilt Tostedt immer noch vielen in Niedersachsen als Nazinest.

Von außen gaukelte der Treff bürgerliche Unscheinbarkeit vor: Im ersten Stock saß eine Jalousie schief in den Angeln, im Fenster nebenan hing eine Spitzengardine. Aber so unauffällig der Laden von außen auch war – für die Rechtsextremen in der Region war er von besonderer Bedeutung.

Für die Behörden ist Silar kein Unbekannter: Im März 1992 schlug er zusammen mit einem anderen Neonazis einen obdachlosen Rentner, der zuvor Hitler als »größten Verbrecher« bezeichnet hatte, so brutal zusammen, dass dieser später seinen Verletzungen erlag. Das Todesopfer, der ehemalige Seemann Gustav Schneeclaus, wird vom Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung als 20. Todesopfer rechter Gewalt seit der Vereinigung geführt. Silar wurde wegen Totschlags zu einer mehrjährigen Jugendstrafe verurteilt. Im Gefängnis intensivierte er seine Kontakte zur Szene und übernahm nach seiner Entlassung die Leitung für die »Sektion Nordmark« im mittlerweile verbotenen Neonazinetzwerk »Blood & Honour«. Aber auch mit Gewaltdelikten und anderen Straftaten machte er weiter auf sich aufmerksam. So wurde er 2005 im »Combat 18 Pinneberg«-Prozess mitangeklagt. Pfingsten 2010 trat Silar neuerlich in Erscheinung: Als eine Gruppe von Linken vor seinem Laden demonstrierte, kam es zu einer Auseinandersetzung: Silar stürmte auf eine Polizeikette zu, ein 20 cm langes Messer hielt er dabei zunächst zurück, um es dann gegen die Linken zu richten; zudem trug er eine Schreckschusswaffe bei sich. Später wurde der Rechtsextremist wegen unerlaubten Waffenbesitzes verurteilt. Aufgrund der Stürmung der Polizeikette stand zusätzlich auch der weitaus gravierendere Vorwurf des schweren Landfriedensbruches im Raum. Die Beamten ermittelten weiter, schließlich kam es neuerlich zur Gerichtsverhandlung.

Vor dem Amtsgericht Tostedt wurde Silar erstinstanzlich wegen schweren Landfriedensbruchs zu einem Jahr und sechs Monaten Haft verurteilt. Doch Silar ging in Berufung. Was dann folgte, ist aus Sicht vieler eine Farce. Das Landgericht Stade verringerte in zweiter Instanz das Strafmaß auf neun Monate, setzte diese zusätzlich aber zur Bewährung aus. Und auch damit war die gerichtliche Auseinandersetzung um den Angriff des beken-



Martialisch gesicherte Fenster, Eintrittsverbot für Journalisten, die bei Neonazis beliebte Kleidermarke »Thor Steinar«- Streetwear Tostedt war kein normales Geschäft, sondern jahrelang ein wichtiger Treff- und Versorgungspunkt der rechtsextremen Szene in Norddeutschland.



Die rechtsextreme Szene in der Region wirbt gezielt in jugendaffinen Umfeldern, so wie hier in einem Skaterpark. Der Aufkleber gehört zum rechten Infoportal Nordheide. Dieses ruft nicht nur zu Heldengedenken und Trauermärschen auf, sondern stellt auch Propagandafilme und Materialien für den rechten Lifestyle zur Verfügung.

nenden Neonazis keineswegs beendet: Er ging erneut gegen das Urteil vor, erzählte dem Gericht nun aber eine andere Version des Tatverlaufs, nach der er die Schreckschusswaffe nicht erst später gefunden, sondern schon vor der Erstürmung der Polizeitruppe bei sich getragen habe. Mit weit reichenden Folgen: Das zuständige Oberlandesgericht in Celle ging nun nur noch von einer einzigen Tat aus (statt von zweien) und hob das Urteil gegen ihn gänzlich auf. Der schwere Landfriedensbruch, so die Begründung, sei bereits durch die Geldstrafe für den Waffenbesitz abgegolten. »Strafklageverbrauch«, heißt das im Fachjargon.

Die Richter begnügten sich damit bei einem bereits wegen Gewaltexzessen verurteilten Neonazi mit einer Geldstrafe wegen Waffenbesitzes und ließen den weitaus schwerer wiegenden Vorwurf des Landfriedensbruchs mit Waffeneinsatz und der Bedrohung von Polizeibeamten komplett fallen. Dabei ist selbst unter Juristen unumstritten, dass Silar den schweren Landfriedensbruch tatsächlich begangen hat. Einzig aufgrund prozessualer Tricks konnte der Neonazi nicht verurteilt werden.

Ulrich Graß vom Tostedter »Forum für Zivilcourage«, ein Verein der sich gegen die rechtsextremen Tendenzen vor Ort in Niedersachsen engagiert, kritisiert den Ausgang scharf: » Es kann nicht sein, dass ein Neonazi für eine Lappalie verurteilt wird, aber mit der schwerer wiegenden Tat einfach so davon kommt. Hier hätte das Gericht Spielräume gehabt, die es nicht genutzt hat. Das ist eine Bankrotterklärung gegenüber jenen, die unsere Demokratie aushebeln wollen.«

Das zuständige Mobile Beratungsteam für Rechtsextremismus aus Hamburg, sieht das ähnlich: »Solche Rückschläge beschädigen das Vertrauen der Zivilgesellschaft in Justiz und Ermittlungsbehörden«, heißt es dort. Fest steht: Zwar ist das Celler Urteil rechtlich nicht anfechtbar – Silar nutzte durch mehrfache Änderungen seiner Aussagen alle rechtlichen Möglichkeiten aus. Dennoch muss sich die niedersächsische Justiz Fragen gefallen lassen: Warum folgte das Oberlandesgericht der geänderten Einlassung des Angeklagten, dessen Gewaltbereitschaft seit Jahren aktenkundig ist? Warum machte man seitens der Justiz eine Kehrtwendung und verzichtete zur Gänze auf eine Ahndung des schweren Landfriedensbruches? Und schließlich: Sind die beiden zur Diskussion stehenden Straftatbestände – Waffenbesitz einerseits und schwerer Landfriedensbruch andererseits – überhaupt als gleichwertig anzusehen, wie die Celler Richter befanden? Kann somit überhaupt ein Strafklageverbrauch eintreten?

Silar jedenfalls kam mehr als glimpflich davon: Mit einer Geldstrafe von 15 Tagessätzen zu je 30 Euro. Ende Januar 2013 schloss er nach fast sechs Jahren seinen rechten »Szeneladen«. Sein Mietvertrag lief aus, der Eigentümer will an der Stelle neue Wohnungen bauen. Nur ein Teilerfolg für all jene, die sich in Tostedt für Demokratie einsetzen. Das Tostedter »Forum für Zivilcourage« sieht denn auch keinen Grund zum Jubeln, der Mitbegründer Ulrich Graß erklärt, warum: »Wenn wir Glück haben, ist Tostedt seinen bislang wichtigsten rechtsextremen Anlaufpunkt los. Allerdings bleibt ein Wehrmutstropfen: Es ist bedauerlich, dass es nicht die Mittel des demokratischen Rechtsstaats waren, die das Aus dieses Treffpunkts herbeigeführt haben.«

Derweil geht der braune Spuk in dem niedersächsischen Ort weiter: Die Rechtsradikalen der Region haben bereits einen neuen Treffpunkt gefunden, eine Kneipe ganz in der Nähe – auch Stefan Silar wurde dort bereits gesichtet.

»Wir fühlten uns allein gelassen«

Mit angezogener Handbremse gegen Demokratiefinde – in Tostedt haben sie damit langjährige Erfahrung. Rechtsextreme machten das kleine niedersächsische Städtchen auch schon in der Vergangenheit zu einem unsicheren Pflaster. 1998 wurde bei einem rechtsextremen Überfall am 20. April, dem Geburtstag von Adolf Hitler, eine junge Frau schwer verletzt. Infolge dessen gründeten der Ethiklehrer Ulrich Graß, der damalige Jugendpfleger Jürgen Petersson und andere besorgte Bürger das »Forum für Zivilcourage«. Lange jedoch kämpften sie allein auf weiter Flur. Das rechtsextreme Problem in der Region wollten die politischen Verantwortlichen nicht zur Kenntnis nehmen. »Unsere Arbeit gegen die rechte Szene wurde nicht unterstützt. Ganz im Gegenteil: Wir waren die Nestbeschmutzer, die Tostedt schlecht redeten«, erzählt Graß. »Verwaltung und Politik haben das Problem 20 Jahre lang unter den Tisch gekehrt.« Wertvolle Jahre, in denen man den Nazis freien Raum ließ.

Anlass zum Handeln hätte es genug gegeben: Der langjährige Jugendpfleger der Samtgemeinde wurde mehrfach von Neonazis überfallen, seine Familie bedroht, es gab Sachbeschädigungen. Und dennoch suchte er die Unterstützung seitens der Stadtvertreter vergeblich. »Wir fühlten uns allein gelassen«, sagt Petersson heute.



Die Mitglieder des »Forum für Zivilcourage« in Tostedt gehen das Thema Rechtsextremismus in der Region aktiv an. Dennoch werden ihnen von staatlicher Seite immer wieder Steine in den Weg gelegt.

Und nicht nur er stand im Visier der Rechten: Jugendliche wurden auf offener Straße zusammen geschlagen und bedroht, andere wurden als »Zecken« verunglimpft, an den Schulen traten Jugendliche auf, die den Holocaust verharmlosten.

»Die Politik aber redete diese besorgniserregenden Entwicklungen schön und verharmloste das Nazi-Problem zu Streitigkeiten zwischen rechts und links. Die politische Brisanz hinter dem rechten Treiben wurde verleugnet, wertvolle Zeit vertan«, so Petersson. Immer wieder habe es auf verschiedenen Ebenen, bei den Behörden und seitens der Politik, eklatante Versäumnisse und Verfehlungen im Umgang mit den rechten Tendenzen in Tostedt gegeben, bestätigt eine Mitarbeiterin der Mobilen Beratung Hamburg: »Ein Polizeichef hat sich hier sogar einmal zu der Aussage verstiegen, dass Braun auch eine Farbe ist.«

Zwar wurde 2010 im Ort ein Präventionsrat gegründet. Das Bürgerforum übt trotzdem Kritik: Der Rat tage bisher zu selten und lasse damit die entscheidende Schlagkraft vermis-

sen. Immerhin: Bei Demonstrationen in Tostedt ist heute zwar endlich auch die Politik präsent. Eine Herzenssache, so sagen sie hier, sei den Stadtoberen der Kampf gegen den grassierenden Rechtsextremismus allerdings noch immer nicht, Aktionen gegen Rechtsextremismus gingen nach wie vor vom Bürgerbündnis aus. Die Begründer des Forums für Zivilcourage betonen: »Ohne dieses Bürgerengagement würde der Kampf schnell wieder versanden. Wenn wir nichts machen, ist wieder Flaute.«

Die Schwächung der Zivilgesellschaft

Ohnehin wird die Arbeit gegen rechtsextreme Tendenzen – in Ost wie in West – maßgeblich durch das Engagement von Privatleuten getragen. Einige der Beratungsstellen gegen Rechts funktionieren nur, weil sich Bürger und Bürgerinnen in ihrer Freizeit engagieren indem sie beispielsweise in ihrem normalen Beruf ein zusätzliches Telefon mit sich herumtragen, mit dem sie eine dauerhafte Besetzung von Beratungshotlines sicherstellen. Während staatliche Stellen nur allzu oft die Brisanz hinter neonazistischen Taten nicht erkennen oder erkennen wollen, setzen aufmerksame Menschen ihre freie Zeit ein, um sich gegen die Verbreitung rechtsextremer Ideologie und Gewalt zur Wehr zu setzen. Umso dramatischer, wenn diese Arbeit auch noch von staatlicher Seite torpediert wird.

Immer wieder berichten Initiativen und engagierte Einzelpersonen, dass sie sich von staatlichen Stellen im Stich gelassen fühlen, dass sie keine Unterstützung erfahren – dass ihnen gar Steine in den Weg gelegt werden. Daran hat sich – trotz aller gegenteiligen Bekundungen – auch nach dem Aufliegen des Terrornetzwerkes NSU nichts geändert.

Bestes Beispiel: Der Umgang des Landes Bayern mit der Initiative »Antifaschistische Informations- Dokumentations- und Archivstelle München« (a.i.d.a.) Es gibt wohl kaum eine Organisation, die sich so gut mit den braunen Netzwerken und deren Aktivitäten im Freistaat auskennt. A.i.d.a. sammelt Informationen über die rechtsextreme Szene, die Mitarbeiter recherchieren vor Ort, nicht selten werden sie bei ihren Einsätzen von Neonazis bedroht.

Aufgrund ihrer weit reichenden Kenntnisse ist a.i.d.a. gefragte Anlaufstelle für Journalisten und andere Interessierte, die Daten und Erkenntnisse über die Rechtsextremen im Freistaat benötigen. Für ihr Engagement erhielt die Archivstelle im Dezember 2011 von der bayerischen SPD den Josef-Felder-Preis – ein Preis, der für Verdienste um Zivilcourage und Gemeinwohl vergeben wird.

Ausgerechnet staatliche Stellen nahmen dieses zivilgesellschaftliche Engagement jedoch ins Visier: Seit 2008 tauchte a.i.d.a. in den Verfassungsschutzberichten des Landes Bayern als »linksextremistisch« eingestuft auf. Bei dem Verein, so, Innenminister Joachim Herrmann, seien mitunter Personen aktiv, die dem linksextremistischen Bereich zuzuordnen seien. a.i.d.a.-Mitbegründer Marcus Buschmüller wies die Vorwürfe immer wieder als haltlos zurück: Man habe ihm vorgeworfen, er habe zahlreiche Veranstaltungen besucht, die linksextremistisch seien. Welche das seien, sei hingegen nicht gesagt worden, so der Archivleiter. Auch die bayerische Opposition kritisierte die Einstufung der Rechtsextremismusexperten scharf.

Die Einstufung traf den seit 1990 tätigen Verein hart: a.i.d.a. verlor die Gemeinnüt-

zigkeit, konnte fortan seine Spenden nicht mehr steuerlich absetzen. Zudem wurde das Archiv infolge des Verfassungsschutzberichts 2008 gedrängt, das landesweite Beratungsnetzwerk der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus zu verlassen, das Kommunen und Vereine im Umgang mit rechtsextremen Tendenzen oder Gewalt berät.

A.i.d.a. zog vor Gericht und konnte zunächst die Löschung aus dem Verfassungsschutzbericht 2008 erwirken. Im Oktober 2012 setzte sich der Verein erneut durch: In einer Vereinbarung verpflichtete sich der Verfassungsschutz, auch die umstrittenen Berichte 2009 bis 2011 zu korrigieren, in denen a.i.d.a. ebenfalls als linksextremistisch bezeichnet worden war. Das bayerische Innenministerium sicherte zu, den Verein auch künftig nicht mehr im Verfassungsschutzbericht zu nennen.

Zahlreiche Experten kritisieren das bisherige Vorgehen gegen a.i.d.a. scharf – die Stigmatisierung und Kriminalisierung des preisgekrönten Vereins aus offensichtlich politisch motivierten Gründen heraus, habe den Kampf gegen rechts nachhaltig geschwächt.

»Das Beispiel a.i.d.a. ist ein Beleg dafür, dass der bayerische Verfassungsschutz mit Rückendeckung des Innenministeriums bei der Behinderung des Engagements gegen Rechtsextremismus eine entscheidende Rolle spielt«, urteilt die Politologin Britta Schellenberg vom Centrum für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München. »Gezielt hat man versucht, mit a.i.d.a. den kompetentesten und fast einzigen zivilgesellschaftlichen Akteur in Bayern gegen Rechtsextremismus mundtot zu machen.«

Ein hartes Urteil, doch nahezu alle, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus in Bayern befassen, üben ähnlich harsche Kritik. Und damit nicht genug: Zeitgleich mit dem Vorgehen gegen a.i.d.a. habe man auch andere Akteure, die sich gegen rechts engagieren, unter Druck gesetzt, nicht zuletzt mit der umstrittenen Extremismuserklärung, heißt es. Durchweg, so die Politologin, hätten die staatlichen Stellen des Landes Bayern die Bemühungen erschwert, Kompetenz über die lokale und regionale rechtsextreme Szene zu erlangen, Erkenntnisse auszutauschen und Schlüsse für das Gegenengagement zu ziehen. Schellenbergs Resümee: »Besonders schwerwiegend war das Eingreifen des Verfassungsschutzes in das sich frisch etablierende Netzwerk der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus beim Bayerischen Jugendring. Hier wurde der Aufbau funktionierender Abwehrmechanismen vereitelt, der Einzel-Akteur geschwächt. Insgesamt wurde damit eine kritische Thematisierung und zielgerichtetes Engagement gegen Rechtsextremismus in Bayern behindert.«

Angesichts dieses Drohszenarios trauen sich viele aus dem bayerischen Beratungsnetzwerk nicht, das zweifelhafte Vorgehen von Innenministerium und Verfassungsschutz offen zu kritisieren – sie fürchten, dass ihnen die für ihre Arbeit notwendigen Gelder, die ohnehin knapp bemessen sind, gänzlich gestrichen werden. »Dann könnten wir gar nicht mehr arbeiten«, sagt eine Beraterin, die im Bereich des Rechtsextremismus tätig ist.

Fest steht: Ein kompetentes Bündnis gegen rechte Demokratiefeinde unter Beteiligung aller demokratischen Kräfte kann sich unter solch verheerenden Voraussetzungen nicht ausbilden.

Das Land Bayern sieht sich selbst im Kampf gegen den Rechtsextremismus jedoch bestens aufgestellt: »Mit einem breiten Bündel von präventiven und repressiven Maßnahmen begegnen wir seit vielen Jahren den vom Rechtsextremismus ausgehenden Gefahren«,

heißt es beim Innenministerium in München. Nach Bekanntwerden der NSU-Mordserie seien weitere Maßnahmen getroffen worden, dazu gehörten eine »Koordinierungsgruppe Rechtsterrorismus und Extremismus« beim LKA, neue Stellen bei der Bayerischen Polizei sowie die »Bildung einer eigenen Abteilung Verfassungsschutz mit einem eigenen Referat Rechtsextremismus« im Bayerischen Innenministerium.

So lange eine kritische, aktive Zivilgesellschaft gegen rechts von den zuständigen Stellen nicht gefördert, sondern ganz im Gegenteil, behindert wird, stellt sich allerdings die Frage nach der Ernsthaftigkeit derartiger Maßnahmen.

Was fehlt: Eine Null-Toleranz-Kultur

Nach der Selbstenttarnung des NSU war der Schock groß: Wie konnte es passieren, dass eine Terrorzelle so lange rassistisch motivierte Mordtaten begehen konnte? Betroffenheit und Entsetzen machten sich breit. Im Bundestag einigten sich alle Parteien auf einen Entschließungsantrag (Drucksache 17/7771). Darin heißt es: »Wir müssen gerade jetzt alle demokratischen Gruppen stärken, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren« und: »Wir brauchen eine gesellschaftliche Atmosphäre, die ermutigt, gegen politischen Extremismus und Gewalt das Wort zu erheben. Rechtsextremistischen Gruppen und ihrem Umfeld muss der gesellschaftliche und finanzielle Boden entzogen werden.«

Die Recherchen der Amadeu Antonio Stiftung belegen: Noch sind diese Worte reine Makulatur. Den Bekundungen der politischen Elite zum Trotz ist nichts passiert, schon gar nicht da, wo es eigentlich darauf ankäme: Bei jenen Stellen, die im Alltag mit Rechtsextremismus zu tun haben.

Und so macht Deutschland auch mehr als ein Jahr nach Aufliegen der Zwickauer Terrorzelle im Versagen gegen den Rechtsextremismus ungehemmt weiter wie bisher – nicht nur im viel gescholtenen Osten, auch im Westen des Landes.

Die in diesem Report beschriebenen Fälle zeigen: Das vielfältige Versagen von Behörden und politisch Verantwortlichen ist längst nicht vorbei, NSU ist nicht Ausnahme, sondern Regelfall. Das hat Gründe: Etlichen Behörden- und Kommunalvertretern fehlt es an Sensibilität im Umgang mit dem braunen Geist, an Durchsetzungswillen und an politischer Bildung. Es fehlt an einer Haltung, die das Engagement gegen Rechtsextremismus nicht denunziert, sondern als einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag versteht, der aus unserer Geschichte herrührt. Als einen Auftrag, mit dem wir uns verpflichten, das Land der Täter von einst nicht neuerlich zu einer Brutstätte für rechtsextreme Gesinnungstäter verkommen zu lassen.

Für einige Sicherheitsorgane in diesem Land scheint der Ausdruck »Antifaschisten« ausschließlich negativ besetzt zu sein. In ihren Augen sind das die Chaoten, die es zu bekämpfen gilt. Ausgerechnet den Gegnerinnen und Gegnern der extremen Rechten begegnet man paradoxer Weise mit größter Skepsis, gar mit Ablehnung. Den eigentlichen Wortsinn scheint man dabei kaum mehr wahrzunehmen.

Die rechten Hetzer und Schläger aber, die die Demokratie sukzessive aushöhlen, die das Leben von Menschen in diesem Lande bedrohen und auslöschen – sie erfahren auf

vielfältige Weise Unterstützung. Die Bandbreite dabei ist gewaltig: Sie reicht von Duldung und Verharmlosung bis hin zum aktiven abwertenden Akt durch Behördenvertreter. Der Alltagsrassismus in unserer Gesellschaft – nur allzu oft spiegelt er sich im Fehlverhalten deutscher Sicherheitsbehörden wider.

Auch im Sicherheitsapparat wird geduldet, verharmlost und weggeschaut. Auch hier räumt man braunen Gesinnungstätern einen unzumutbar großen Aktionsradius ein, der es ihnen ermöglicht, die Gesellschaft immer weiter zu durchdringen. Nach wie vor werden Opfer zu Tätern gemacht. Während die deutsche Öffentlichkeit auf die Terrorzelle und die Aufdeckung immer neuer Behörden-Pannen starrt, geschehen derweil in der Republik die gleichen Unterlassungen, mal im Kleinen, mal im Großen.

Deutschland benötigt – und das nicht nur dort, wo wortreich über die Probleme geredet wird, sondern zuallererst an der Basis – eine politische Kultur, die den Rechtsextremismus als das anerkennt, was er ist: eine Bedrohung für unser Land. Dort, wo sich Menschen mutig dem Rechtsextremismus entgegenstellen, haben neonazistische Gruppen schlechte Karten, ihre Strategie des Raumgewinns umzusetzen. Diese Menschen und Initiativen benötigen daher die uneingeschränkte Unterstützung von Gesellschaft und Staat, sie sind die Voraussetzung dafür, dass sich unsere Demokratie gegen ihre inneren Feinde zur Wehr setzen kann.

Rechtsextremismus ist keine Bagatelle. Keine Jugendsünde. Es ist eine Menschenverachtende Ideologie, die jeden Tag aufs Neue quer durch die Republik Opfer produziert. Um dieser Gefahr adäquat zu begegnen, bedarf es einer neuen Haltung, einer Null-Toleranz-Kultur. Um deren Ausbildung hat sich die deutsche Öffentlichkeit, haben sich die Medien, Behörden und Politik dieses Landes bislang kaum bemüht. Stattdessen herrscht eine Kultur vor, die bewusst oder unbewusst, Rechtsextremismus befördert und produziert.

Marion Kraske
April 2013

MIT IHRER SPENDE ODER ZUSTIFTUNG UNTERSTÜTZEN SIE DIE FÖRDERUNG VON PROJEKTEN UND INITIATIVEN GEGEN RECHTE GEWALT

Seit ihrer Gründung ist es das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Hierfür hat sie überall in Deutschland bereits über 650 lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Schule, Opferschutz und Opferhilfe, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote für Aussteiger aus der Naziszene unterstützt. Wichtigste Aufgabe der Stiftung ist es, die Projekte über eine Förderung hinaus dauerhaft zu ermutigen, Öffentlichkeit für ihre Situation zu schaffen und sie zu vernetzen. Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio wurde 1990 von rechten Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt, weil er eine schwarze Hautfarbe hatte. Er war eines der ersten von heute 183 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer. Die Amadeu Antonio Stiftung wird u.a. von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Die Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

Kontakt:

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139
10115 Berlin, Germany
Telefon 030.240 886 10
Fax 030.240 886 22
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de



Bankverbindung:

GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 60 967, Konto-Nr. 6005000000
BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
Bitte geben Sie bei der Überweisung auch eine Adresse an,
damit eine Spendenbescheinigung zugeschickt werden kann.

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR



»Der Fall NSU hat gravierende Mängel bei der staatlichen Bekämpfung des militanten Rechtsextremismus offengelegt. Doch das Versagen des Sicherheitsapparates ist nur ein Aspekt. Denn quer durch die Republik machen es Polizei, Justiz und Politiker rechten Demokratiefeinden allzu einfach, immer mehr gesellschaftlichen Raum einzunehmen, indem sie demokratische Werte nur halbherzig verteidigen. Ausgerechnet jene Stellen, die unseren Rechtsstaat schützen sollen, erweisen sich damit im Umgang mit dem Rechtsextremismus als Teil des Problems. Die wehrhafte Demokratie erscheint geschwächt, ihre Schutzmechanismen werden systematisch aus den Angeln gehoben. Auch dort, wo man sich lange Zeit immun glaubte: Im Westen der Republik.«

Marion Kraske

»Zu lange haben wir nur nach Ostdeutschland geguckt, wenn von Nazis die Rede ist. Dabei sind westdeutsche Rechtsextreme nach der Wende gezielt in den Osten gegangen, um die bereits in der DDR bestehenden Strukturen auf- und auszubauen. Die Erfahrungen und Strategien von dort nutzen die Neonazis nun auch verstärkt im Westen. Ich freue mich, dass der Kreis der Freunde und Förderer es der Stiftung ermöglichen kann, mit einem kritischen Blick auf den Rechtsextremismus in den alten Bundesländern und die Reaktionen von staatlichen Stellen zu schauen. Helfen Sie uns doch dabei in Zukunft mit und unterstützen die Stiftung mit einer Spende!«

Ida Schildhauer,
Vorsitzende des Kreises der Freunde und Förderer der Amadeu Antonio Stiftung



9 783940 878144